Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 554. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 25. November 1876.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

16. Sitzung des Reichstages (24. November).

11 Uhr. Am Tische des Bundesraths v. Amsberg, Leonhardt, Fäustle, Abeken u. A.

Das Haus setzt die zweite Berathung des Entwurfs eines Gerichtsverfassungsgesetzes fort.

§ 151 lautet: „Wird unter Betheiligung von Personen verhandelt, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, so ist ein Dolmetscher zuzuziehen. Der Aufnahme eines Nebenprotokolls in der fremden Sprache bedarf es nicht. Die Zuziehung eines Dolmetschers kann unterbleiben, wenn die betheiligten Personen sämmtlich der fremden Sprache mächtig sind."

Hierzu beantragen die polnischen Abgeordneten an Stelle des ersten Absatzes zu setzen: „Wird unter Betheiligung von Personen verhandelt, welche der Gerichtssprache nicht mächtig sind, so ist ein Dolmetscher zuzuziehen. Auf Verlangen der Parteien ist ein Nebenprotokoll in der fremden Sprache aufzunehmen."

Nachdem die Abgg. Prinz Radziwill, Donimirski, Schröder (Lippstadt) und Hänel den Antrag befürwortet, erklärt der Bundescommissar Geheimrath Schmidt, daß ein Bedürfniß zur obligatorischen Anfertigung eines derartigen Nebenprotocolls in keiner Weise vorliege. Für die Ausnahmsfälle, wie z. B. bei Aufnahme der letzten Worte eines Sterbenden, wo es wünschenswerth sei, ein Nebenprotokoll in der fremden Sprache zu haben, sei dies durch den Wortlaut des § 51 keineswegs ausgeschlossen.

Referent Miquél erkennt gleichfalls an, daß es Fälle geben könne, wo ein Nebenprotokoll in der fremden Sprache durchaus wünschenswerth sei. In diesem Falle aber müßte festgestellt sein, in welchem Verhältniß gesetzlich das Nebenprotokoll zu dem Hauptprotokolle stehe. Dies sei aber in dem gestellten Amendement keineswegs geschehen. Er könne deshalb nur bitten, bei dem Commissionsbeschluß stehen zu bleiben.

Das Amendement der Polen wird darauf abgelehnt (dafür die Polen, das Centrum und die Fortschrittspartei) und der § 151 in der Commissionsfassung angenommen.

Beim § 155, der von dem Eide, den die Dolmetscher zu leisten haben; handelt, betont Prinz Radziwill, daß von der Regierung selbst die Unzulänglichkeit der vorhandenen Dolmetscher anerkannt worden sei und bittet, auf deren Vervollkommnung ein besonderes Augenmerk zu richten, sowie auch ihr Gehalt zu vermehren, damit man hinreichend befähigte Leute erlange. § 155 wird angenommen: ebenso ohne Discussion die §§ 156 bis 163.

Es folgt die Berathung über den von der Commission neu eingefügten Titel 9a: „Rechtsanwaltschaft."

Bundesbevollmächtigter v. Amsberg: Sie haben aus der Zusammenstellung der Beschlüsse des Bundesrathes schon ersehen, daß derselbe diesen Titel aus dem Gerichtsverfassungsgesetz gestrichen haben will. Ihre Commission hat es in der ersten Lesung für nothwendig erachtet, Bestimmungen über die Rechtsanwaltschaft aufzunehmen, um dieselbe für das ganze Reich gemeinsam zu regeln, davon ausgehend, daß dieser Umstand von eben so hoher Bedeutung für das Organisationsgesetz sei, wie die Regelung der Verhältnisse des Richterstandes selbst. Die Regierungen überzeugten sich, daß in diesem Punkte die Commission Recht habe, aber sie waren der Ansicht, daß man mit dieser Regelung nicht fragmentarisch vorgehen dürfe. Sie beschlossen deshalb, den Reichskanzler aufzufordern, eine Rechtsanwaltsordnung auszuarbeiten. Dieselbe ist denn auch jetzt den Regierungen zugegangen, diese haben sich aber hierüber noch nicht schlüssig machen können, weil bei der Menge des Materials die Motive zu dem Entwurf noch nicht druckreif vorliegen. Bei dieser Sachlage kann ich Sie nur bitten, den Titel zu streichen und alle Entschließungen über diesen Punkt bis zur Berathung der Rechtsanwaltsordnung auszusetzen. Jedenfalls werden die Regierungen über diesen Titel keine materiellen Erklärungen abgeben können.

Abg. Erhard: Die Commission hat es gerade für nothwendig gehalten, diesen Titel in das Gerichtsverfassungsgesetz aufzunehmen. Wir wissen absolut nicht, wann die neue Rechtsanwaltsordnung zu Stande kommen wird; sobald aber der Bundesrath und der Reichstag sich über das Verfassungsgesetz schlüssig gemacht haben, wird auch der Einführungstermin festgesetzt werden, und es wird hierdurch auf den neuen Reichstag bei der Berathung der Rechtsanwaltsordnung eine Pression ausgeübt werden; er wird sich bestreben müssen, dieselbe unter allen Umständen und Opfern fertig zu stellen. Es war stets meine Ueberzeugung, daß die Rechtsanwaltschaft dieselbe Wichtigkeit habe, wie der Richterstand selbst, und die Commission hat sich ja auch dieser Auffassung angeschlossen; ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß in manchen deutschen Ländern, wie Mecklenburg, der Rechtsanwalt noch unter dem Richter steht. Da wir nun nicht wissen können, wie die Beschlüsse der Regierung lauten werden, so müssen wir die Grundprincipien in das Organisationsgesetz aufnehmen; das Einzelne kann durch Specialgesetz geregelt werden. Ich bitte Sie deshalb, den Titel aufrecht zu erhalten. (Beifall.)

Bundescommissar von Amsberg wiederholt noch einmal, daß eine Entscheidung und materielle Erklärung über ein Fragment von Seiten der Regierungen nicht möglich sei, da man nicht die aus demselben folgenden Consequenzen für die Detailbestimmungen, wie die Disciplinarregelung ꝛc. übersehen könne.

Abg. Lasker: Wir stehen hier vor einer Frage, die an Wichtigkeit keiner andern der bisher behandelten nachsteht. Wenn wir den Titel „Rechtsanwaltschaft" in dieses Gesetz nicht aufnehmen, so ist das Inkrafttreten des Gesetzes suspendirt, denn wir können es nicht wagen, das Organisationsgesetz einzuführen, bevor wir nicht das angenommen haben, was dieser Titel enthält. Der Justizminister selbst hat die Nothwendigkeit einer Rechtsanwaltsordnung für den Civilproceß betont und ebenso werden einzelne Paragraphen, die wir hier beschlossen haben, nothwendig durch eine einheitliche Regelung der Rechtsanwaltschaft bedingt. Nun hat der Vertreter der Regierung seine Position dem gegenüber sich außerordentlich leicht gemacht; das, was er sagt, heißt wirklich nichts anderes als: sic volo, sic jubeo, die Regierungen wollen nicht anders und damit basta! Aus den gehörten Ausführungen geht offenbar hervor, daß der Titel nicht völlig durchgelesen ist, denn wie man den Titel als Fragment bezeichnen kann, das verstehe ich nicht. Von dem, was wir in diesem Titel beschlossen haben, ist die Frage völlig unabhängig, unter welcher Disciplin die Rechtsanwälte stehen sollen und wie ihre Stellung zu einander sein wird. Ich halte dies allerdings für eine wesentliche Ergänzung der freien Advocatur — denn selbst der eifrigste Vertheidiger derselben, wie ich, muß gewisse Disciplinarregeln annehmen, wenn nicht Zügellosigkeit eintreten und Mitglieder in die Rechtsanwaltschaft aufgenommen werden sollen, die ihre Kenntniß vom Recht dazu mißbrauchen, dasselbe zu umgehen —, aber diese Ergänzung ist den von der Commission hier gegebenen Principien gegenüber eine reine Bagatelle, die ich mich verpflichten würde, in 8 Tagen fertig zu machen. (Hört! Hört!) Ich hatte geglaubt, daß die Regierung der Commission dankbar sein werde, daß diese die Initiative ergriffen hat und mit beiden Händen zugreifen würde. Leider scheint das aber nicht der Fall zu sein. Wenn uns der Commissar sagt, daß eine Rechtsanwaltsordnung schon ausgearbeitet sei, so erfüllt mich das mit sehr wenig Vertrauen, denn erstens befindet sich dieselbe noch in dem ersten Stadium der legislatorischen Thätigkeit und zweitens haben wir absolut keine Garantie, daß die Principien der Commissionsvorschläge in dieselben aufgenommen sind. Die Gründe des Bundescommissars genügen mir durchaus nicht und im Interesse einer einheitlichen Regelung der deutschen Rechtsanwaltschaft kann ich Sie nur bitten, den Titel nicht zu streichen. (Beifall.)

Bundesbevollmächtigter Leonhardt: Bei meiner früheren Erklärung, daß ein glücklicher Erfolg der Civilproceßordnung von der richtigen Regelung der Rechtsanwaltsverhältnisse abhängig sei, bleibe ich auch heute stehen. Aber deshalb ist es noch keineswegs richtig, wenn der Vorredner folgert, ich sei der Meinung, daß ohne eine Reichs-Rechtsanwaltsordnung die Civilproceß-Ordnung einen guten Gang nicht gehen könnte. Es würde nichts im Wege stehen, die Rechtsanwaltsverhältnisse auch im Wege der Landesgesetzgebung zu regeln (hört! links), soweit dies überhaupt nöthig wäre. Sie werden doch zugeben müssen, daß die Civilproceßordnung in der Rheinprovinz und in Hannover bei der jetzigen Regelung der Rechtsverhältnisse einen sehr guten Verlauf nehmen würde. Deshalb brauchen Sie noch nicht zu glauben, daß es mir in den Sinn kommt, die Regelung der Rechtsverhältnisse der Rechtsanwaltschaft im Wege der Landesgesetzgebung eintreten zu lassen; ich habe mich immer ganz bestimmt dahin erklärt, daß es dringend wünschenswerth sei, durch eine Anwaltsordnung für das Reich die Sache zu regeln und von diesem Gesichtspunkte bin ich bereits im Jahre 1869 ausgegangen. Ich bitte Sie, fassen Sie doch einmal etwas Vertrauen zu den verbündeten Regierungen (Heiterkeit), insbesondere zu den Justizministern. Der Abg. Lasker sagt, er mache sich anheischig, in acht Tagen einen Gesetzentwurf herzustellen, welcher die Lücke des Entwurfs in Betreff der Rechtsanwaltschaft ausfüllt; ich mache mich anheischig: in drei Tagen (Große Heiterkeit) eine Rechtsanwaltsordnung herzustellen. Solche Sachen machen sich leicht für denjenigen, welcher sie bearbeitet. Daraus aber, daß der Abg. Lasker für seine Person die Sache fertig macht, folgt noch gar nichts. Was ich fertig mache für mich, ist damit noch keineswegs ein geeignetes Object für das Reich. Ich vermag die Verhältnisse nur zu übersehen für den preußischen Staat und weil ich diese Verhältnisse übersehe, weil ich im Besitz des erforderlichen Materials bin, kann ich mich anheischig machen, diese Arbeit in drei Tagen fertig zu stellen — ohne Motive. (Heiterkeit.)

Daraus folgt aber nichts für das Reich, denn ich kann die Materie nicht für das ganze Reich übersehen und repräsentiren nicht in meiner Person die verbündeten Regierungen. (Ruf: Leider! Heiterkeit.) Der Abg. Lasker bringt dieses auch nicht fertig. (Heiterkeit.) Wenn Sie auf den Wunsch der verbündeten Regierungen nicht eingehen, sondern in eine Specialberathung der Commissionsvorschläge eintreten sollten, so würden Ihre Beschlüsse doch nur dann eine praktische Bedeutung haben, wenn hier eine contradictorische Verhandlung stattfände. Dieses wird jedoch nicht der Fall sein; nach der Lage der Sache werden die verbündeten Regierungen den eventuell eintretenden Berathungen gegenüber sich ganz stillschweigend verhalten müssen. Die verbündeten Regierungen sind nämlich nicht in der Lage, sich im contradictorischen Streit zu betheiligen, weil weder im Ausschuß für Justizwesen noch im Bundesrathe selbst irgendwelche der betreffenden Bestimmungen in Berathung gezogen worden sind. Deshalb kann für die verbündeten Regierungen gar nichts erklärt werden; in gleicher Lage werden auch wohl verschiedene der verbündeten Staaten sein. Sie können das vielleicht tadeln und sagen, es hätte doch für die verbündeten Regierungen nahe gelegen, eventuell Stellung zu nehmen. Dazu fehlte ihnen indeß die Zeit. Darüber ist im Bundesrathe kein Zweifel gewesen, daß, nachdem er sich zur Mitwirkung an dem Erlaß einer Rechtsanwaltsordnung erklärt, Sie nicht darauf bringen würden, die betreffenden Bestimmungen weiter zu verfolgen. Ich bitte Sie deshalb, gehen Sie auf den Wunsch der verbündeten Regierungen ein. Thun Sie das nicht, so glaube ich, daß Sie in Verhandlungen eintreten, die beim Mangel eines contradictorischen Verfahrens keine große Bedeutung haben dürften.

Präsident des Reichsjustizamts v. Amsberg: Die von der Commission vorgeschlagenen Bestimmungen sind dem gegenüber, was in einer Rechtsanwaltsordnung zu regeln ist, nur fragmentarisch. Die Commission selbst hat dies nicht verkannt. Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß die Justizgesetze ohne eine Rechtsanwaltsordnung ins Leben treten können. Jedoch wird ja im Reichskanzleramt bereits eine Anwaltsordnung ausgearbeitet. Ich kann aber nicht wissen, ob dieser in Ausarbeitung begriffene Entwurf auch die Zustimmung der verbündeten Regierungen finden wird.

Abg. Grumbrecht hält es für nothwendig, daß in das Gerichtsverfassungsgesetz die ausdrückliche Bestimmung aufgenommen werde, daß eine Rechtsanwaltsordnung durch das Reich gemacht werden solle. Durch eine solche Vorschrift würden zugleich die sämmtlichen Bedenken des Abg. Lasker beseitigt werden. Die Vorschriften, welche die Commission über die Stellung der Rechtsanwälte beschlossen habe, seien in der That nicht von der Art, daß sie die Materie vollständig ordneten, zumal Bestimmungen über die Pflichten der Anwälte ganz und gar fehlen.

Justizminister Dr. Leonhardt: Die verbündeten Regierungen werden dazu mitwirken, daß eine Anwaltsordnung für das Reich geschaffen werde und sie haben nichts dagegen einzuwenden, daß in das Gerichtsverfassungsgesetz oder in das Einführungsgesetz zu demselben eine ausdrückliche Bestimmung aufgenommen wird, wonach die Verhältnisse der Rechtsanwaltschaft durch ein Reichsgesetz geordnet werden sollen.

Abg. Windthorst: Nach den Erklärungen, welche der preußische Justizminister im Namen der verbündeten Regierungen abgegeben hat, steht es fest, daß eine Anwaltsordnung von Reichswegen gemacht werden soll. Bei der Raschheit, mit der man sonst im Reichskanzleramt arbeitet, erscheint es mir merkwürdig, daß das Gesetz noch nicht fertig ist. Ich fürchte, daß der Entwurf schon ausgearbeitet ist, aber so aussieht, daß man Bedenken trägt, ihn im gegenwärtigen Stadium dem Bundesrath zu unterbreiten. (Heiterkeit.) Mir erscheint es zweckmäßig, daß der Reichstag schon jetzt die Hauptgrundsätze für die Anwaltsordnung feststellt und ich glaube, daß die Beschlüsse des Reichstages auch von den verbündeten Regierungen angenommen werden, trotz aller Schrecknisse, welche man officiell und privatim zu verbreiten sucht. Die Kraft, welche die Politik des Reiches leitet, pflegt nicht um einzelne Paragraphen zu markten, sondern große politische Ziele zu verfolgen. Das große politische Ziel, welches die Kraft augenblicklich erreichen will, ist die deutsche Rechtseinheit und sie wird die Erreichung dieses Zieles nicht in Frage stellen um einzelner Paragraphen willen. Man wird unsere Beschlüsse nicht ablehnen, aber vielleicht denken: es giebt ja nachher Novellen. (Heiterkeit.) Vor Allem müssen wir das Princip der freien Advocatur schon jetzt durchsetzen.

Abg. Wolffson: Darüber herrscht ja keine Meinungsverschiedenheit, daß die Justizgesetze nur dann Wirksamkeit und Leben erlangen können, wenn eine geeignete Rechtsanwaltsordnung geschaffen sein wird. Aber daraus folgt nicht die Nothwendigkeit, den Gegenstand gerade in dem Gerichtsverfassungsgesetz abzuhandeln. In der Commission befanden wir uns hinsichtlich dieser Frage vor einem vollständigen vacuum, da die Regierungsvorlage bezüglich derselben keine Vorschläge enthielt. Die Commission hielt es für ihre Aufgabe, auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen und die Mehrheit ihrer Mitglieder beschloß, in die Arbeit einzutreten. Die Commission mußte sich auf das beschränken, was sie Ihnen unterbreitet hat, weil eine vollständige Rechtsanwaltsordnung in den Rahmen des Gerichtsverfassungsgesetzes nicht hineinpaßt. Und was diese Bestimmungen anlangt, so haben der Commission bezüglich derselben keine Vorarbeiten zu Gebote gestanden; namentlich hat ihr auch der Beistand der verbündeten Regierungen in Betreff des nöthigen statistischen Materials gefehlt.

Der preußische Justizminister hat zwar bei der ersten Berathung eine lebhafte Theilnahme bewiesen, aber ausdrücklich erklärt, daß er nur seine eigene Meinung ausspreche. Bei der zweiten Berathung erklärten die verbündeten Regierungen, daß sie sich an der Discussion nicht betheiligen könnten, weil sie die ganze Materie in einem besonderen Gesetz ordnen wollten. Nachdem sie diese Erklärung auch im Reichstage wiederholt haben, ist von einer monologisirenden Beschlußfassung des Hauses ein praktischer Vortheil nicht zu erwarten. Ich theile nicht die Siegeszuversicht des Abg. Windthorst. Ich bin den verbündeten Regierungen dankbar, daß sie das ominöse Wort „unannehmbar" nicht in die Debatte geworfen haben und meine, daß wir dagegen nicht im Uebermuthe der Siegesfreudigkeit (Unruhe) das Wort „Alles ist annehmbar" als Grundsatz proclamiren. Ich gebe gern zu, daß uns bei der Berathung der Rechtsanwaltsordnung noch manche Schwierigkeiten entgegentreten werden, denn ich schließe aus dem Schweigen der Vertreter der verbündeten Regierungen, daß auf eine große Uebereinstimmung unter ihnen nicht zu rechnen ist. Wenn wir aber vor der Frage stehen, ob wir in die Berathung der Vorschläge der Justiz-Commission eintreten sollen, so kommt doch sehr in Betracht, daß die Commission kein ausreichendes Material für ihre Berathungen hatte mit Ausnahme einiger Aeußerungen des Anwaltstandes, von denen einige zwar zustimmend, andere aber auch ablehnend lauteten. Alle stimmten darin überein, daß die Materie in einem besonderen Gesetze geordnet werden müsse. Wir werden uns ja in der Folge auch noch über das Kostengesetz und über das Gesetz, betreffend den Sitz des Reichsgerichts, verständigen müssen und ich hoffe, daß die Wichtigkeit der Aufgabe uns sowohl hinsichtlich dieser Gesetze als auch in Betreff der Rechtsanwalts-Ordnung zu einer Verständigung führen wird.

Präsident von Forckenbeck theilt mit, daß der Abg. Ausfeld die namentliche Abstimmung über den ersten Paragraphen des Titels 9a beantragt, und daß die Abstimmung über diesen Paragraphen die Bedeutung habe, festzustellen, ob überhaupt in eine Berathung der von der Commission bezüglich der Verhältnisse der Rechtsanwaltschaft gemachten Vorschläge eingetreten werden solle, oder nicht.

Abg. Frankenburger: Wenn wir in dieses Gesetz nur die allernothwendigsten Bestimmungen aufnehmen sollen, so könnten allerdings noch viele andere Materien weggelassen werden, die die Commission zu berathen und in den Rahmen des Entwurfs einzufügen für nöthig befunden hat. Die Commission hat derartige Bestimmungen z. B. über das Richteramt getroffen und die Regierungen haben sich gefügt. Diese Bestimmungen über die Anwaltschaft sind eben so nothwendig, als die über das Richteramt, denn eine ordentliche Proceßführung kann nur durch eine tüchtige Rechtsanwaltschaft ermöglicht werden. Eine vollständige Anwaltsordnung ist der Titel allerdings nicht, aber alles Wesentliche ist in demselben enthalten. Wenn der Abg. Lasker meint, es sei von den Pflichten der Rechtsanwälte nicht gesprochen, so kann sich das nur auf die Vertretung der Armensachen beziehen, ihre Pflichten gegen die Parteien sind doch im Gesetz selbst schon enthalten. Wenn der Justizminister sich so sehr dagegen sträubt, auf unsere Vorschläge einzugehen, so sieht das doch beinahe so aus, als ob man eine Anwaltsordnung machen wolle, die unseren Beschlüssen beinahe direct widerspreche. Jedoch glaube ich aus den Worten des Justizministers entnehmen zu können, daß er selbst nicht ein persönlicher Gegner dieser Bestimmungen ist. Für viele Mitglieder wird die Annahme dieses Titels auch in Bezug auf andere Fragen von Bedeutung sein, so namentlich in Bezug auf die Garantie des Richteramtes und die Berufung. Ich bitte Sie also dringend, die sämmtlichen Paragraphen anzunehmen.

Justizminister Dr. Leonhardt. Wenn die Regierung sich nicht erklärt und keine Stellung nimmt, so kann man doch daraus nicht folgern, daß sie materiell auf dem entgegesetzten Standpunkte steht als die Commission. Ich will aber auch nicht den Verdacht aufkommen lassen, als ob ich aus dem Reichstage Unterstützung suchte, denn wenn ich an den Berathungen in der Commission über diesen Titel theilgenommen, so habe ich das nur für meine Person gethan und nicht als preußischer Justizminister. Ich kann aber nochmals aussprechen, daß die verbündeten Regierungen den dringenden Wunsch haben, bei dem Zustandekommen der Rechtsanwaltsordnung mitzuwirken.

Abg. Thilo hat allerdings auch den Wunsch gehabt, daß gleich von vornherein ein Titel über die Rechtsanwaltschaft in das Gesetz aufgenommen wäre; aber die Commissionsvorschläge hält er doch für zu bedenklich, als daß er für dieselben stimmen könne, besonders weil sie einseitig von der Commission ohne Mitwirkung der Regierungen und ohne deren Zustimmung, welche doch einmal erforderlich sei, ausgearbeitet seien.

Abg. Hänel: Ich kann nach der ganzen Discussion zunächst constatiren, daß von keiner Seite bezweifelt worden ist, daß an und für sich die Feststellung der Grundsätze über die Verhältnisse der Rechtsanwaltschaft durchaus nothwendig sei, wenn wir die Civilproceßordnung mit gutem Gewissen erlassen sollen. Eine unrichtige Lösung dieser Frage wirkt schädigend zurück auf die Proceßordnung selbst. Wenn der Abg. Wolffson angedeutet hat, daß wir durch die Annahme dieses Paragraphen das Zustandekommen der Justizgesetze gefährdeten, so kann ich das nicht anerkennen. Jedenfalls hat doch der Reichstag ein Recht auf eine so wichtige Frage eine Antwort zu fordern; denn die Frage ist so wichtig, daß das Aufgeben derselben für eine sehr bedeutende Minorität, wenn nicht für die Majorität des Hauses das weitere Vorgehen in den Justizgesetzen hindert. Man könnte sagen, die Bundesregierungen sind nicht verpflichtet, auf jede beliebige Frage zu antworten. Ist denn die Anwaltsfrage so eine beliebige Frage, geht sie nicht vielmehr unmittelbar aus der Natur und dem Zusammenhang der Gesetze hervor? Es kann auch nicht der Einwand des Zeitmangels erhoben werden; denn heute vor einem Jahre wurde die Frage in der Justiz-Commission behandelt und seit einem Jahre hätten die Regierungen doch wohl Zeit finden können, sich darüber schlüssig zu machen. Wenn wir jetzt keine bestimmte Antwort erhalten, so müssen wir durch die Annahme der Paragraphen unser Recht wahren, und ich glaube zweifellos annehmen zu können, daß wir binnen 14 Tagen bei der dritten Lesung volle Auskunft erhalten werden. Zu welchen Folgerungen sollten wir schließlich kommen, wenn wir die Bundesregierungen in dieser rein negativen Weise operiren ließen, wenn wir es ihrem Ermessen anheim stellten, Stellung zu unseren Beschlüssen zu nehmen oder nicht. Ich glaube, zur Wahrung des Rechtes des Reichstages müssen Sie diesen Titel annehmen und damit eine Antwort für die dritte Lesung fordern.

Referent Abg. Miquél verzichtet auf das ihm zustehende Schlußwort, da es sich wesentlich nur um eine Frage der parlamentarischen Tactik handle; seine eigene von der der Commission abweichende Ansicht werde er bei der Abstimmung zum Ausdruck bringen.

In namentlicher Abstimmung wird darauf der erste Paragraph des neu eingefügten Titels mit 163 gegen 128 Stimmen angenommen, desgl. ohne Debatte die übrigen Paragraphen des Titels 9a.

In Titel 16 („Gerichtsferien") lautet § 164: Die Gerichtsferien beginnen am 15. Juli und enden am 15. September. (Der Regierungsentwurf setzte die Ferien vom 15. Juli bis zum 1. September fest.)

Abg. Gneist: Die Gerichtsferien sind jetzt in Preußen auf sechs Wochen, in Baiern und den meisten übrigen deutschen Ländern auf zwei Monate berechnet. Die Commission hat sich in diesem Gesetz für die letztgenannte Dauer entschieden. Die in Preußen bestehende kürzere Frist führt zu mannigfachen und schwer empfundenen Uebelständen. Die Rechtsprechung ist bekanntlich in den Ferien nicht gänzlich ausgesetzt, so daß die nominell sechswöchentlichen Ferien sich in Wirklichkeit für jeden Richter im Durchschnitt auf höchstens drei bis vier Wochen belaufen; eine Zeitdauer, die zur Erholung von den anstrengenden Arbeiten des Jahres offenbar nicht ausreicht. Die Regierung muß sich in Folge dessen dadurch helfen, daß sie den nothwendigen Urlaub zum Theil bereits Monate lang vor dem gesetzlichen Termin eintreten läßt. Hierdurch aber wird die ständige Zusammensetzung der Gerichte erster Instanz sehr oft unterbrochen, und es entsteht die Nothwendigkeit der sehr zahlreichen Stellvertretung bei den Justizbehörden. Die Commission war daher der Meinung, daß der Justizdienst im Ganzen nur gewinnen würde, wenn man die Ferien verlängere, und sie empfiehlt Ihnen daher die Annahme des § 164 in der von ihr beschlossenen Fassung.

Bundesbevollmächtigter Leonhardt vermag das zwingende Bedürfniß einer Verlängerung der Ferien nicht einzusehen und bittet namentlich im Interesse des rechtsuchenden Publikums, es bei der im Regierungsentwurf vorgeschlagenen Dauer von 6 Wochen zu belassen.

Abg. Völk: Die von der Commission vorgeschlagene Dauer ist thatsächlich nur eine solche von 6 Wochen, denn durch die Besetzung derjenigen Senate, deren Geschäfte in den Ferien fortgehen, wird stets eine so große Zahl von Richtern zurückgehalten, daß beispielsweise der preußische Richter gegenwärtig eine Effectivdauer von 3 Wochen Ferien habe.

Abg. Reichensperger (Crefeld) kann gleichfalls keine Gefahr in der Verlängerung der Gerichtsferien erblicken, dagegen sei dieselbe den Richtern und Anwälten nach den anstrengenden Arbeiten des Jahres sehr zu wünschen.

Nach einem Schlußwort des Referenten Abg. Hauck, der im Wesentlichen die vom Abg. Gneist angeführten Gründe recapitulirt, wird § 164 mit großer Majorität angenommen; ebenso ohne Discussion § 165, 165a und 166.

Hiermit vertagt sich das Haus bis Sonnabend 11 Uhr. (Einführungsgesetze zum Gerichtsverfassungsgesetz, Civilprozeßordnung und Strafprozeß-Ordnung.) Schluß 4 Uhr.

Berlin, 24. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General der Infanterie von Tresckow, commandirenden General des XI. Armee-Corps, den Schwarzen Adler-Orden verliehen.

Se. Majestät der König hat dem königlich schwedischen Obersten Baron Leuhusen, Commandanten des 12. Infanterie-Regiments, den Rothen

Adler-Orden zweiter Klasse; dem fürstlich hohenloheschen Hofrath Donle zu Ansbach den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem kaiserlich russischen Wirklichen Staatsrath Bergé, Präsidenten der kaukasischen archäographischen Commission in Tiflis, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern; dem königl. italienischen Präfecturrath Amour zu Udine den Königl. Kronen-Orden dritter Klasse, sowie dem Vorstande der Expedition des Tageblatts in Leipzig, Ottokar Staudinger daselbst, den Königl. Kronenorden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den commissarischen Vorsitzenden der königlichen Eisenbahn-Commission zu Harburg, bisherigen Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector Carl Nahrath, und das technische Mitglied der königlichen Eisenbahn-Commission (Oberschlesische) zu Glogau, bisherigen Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector Alexander Rintelen, zum Regierungs- und Baurath ernannt; — den nachbenannten Beamten im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, und zwar: dem Geheimen expedirenden Secretär und Calculator Scharf den Charakter als Rechnungs-Rath, und den Geheimen Registratoren Knauth, Münchenhagen und Albert Milbrath den Charakter als Kanzlei-Rath; sowie dem Kaufmann Franz Hastert, Inhaber der Firma „F. H. Gerdes-Neuber Nachfolger" in Aachen, das Prädicat eines königlichen Hof-Lieferanten verliehen.

Die Intendantur-Referendarien Braune vom IV. und Kämmerer vom VI. Armee-Corps sind zu etatsmäßigen Militär-Intendantur-Assessoren ernannt und den Intendanturen des I. resp. II. Armee-Corps überwiesen worden. — Der bisherige königliche Landbaumeister Emil Gette in Potsdam ist zum königlichen Bau-Inspector ernannt und ihm die seither commissarisch verwaltete Bau-Inspectorstelle daselbst definitiv verliehen worden.

Berlin, 24. Nov. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing gestern den Besuch Sr. Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Ludwig von Hessen und bei Rhein und Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Ludwig, Prinzessin Alice von Großbritannien und Irland. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Baden ist gestern von Koblenz nach Carlsruhe zurückgekehrt.

Ihre Majestät wird am 25. d. Mts. von Koblenz abreisen und, nach einem Besuche am Großherzoglichen Hofe in Weimar, sowie am Königlich sächsischen Hofe in Dresden, am 28. in Berlin eintreffen.

Ihre Majestät die Kaiserin und Königin hat der Gräfin von Perponcher, geborenen Gräfin von Maltzan, die Functionen der Oberhofmeisterin in Allerhöchstderen Hofstaat übertragen. (Reichsanz.)

Marpingen, 23. Nov. [Das Ende der Wunder.] Von genau informirter Seite erhält die „Rh.- und R.-Ztg." nachstehende Zuschrift:

Die aus der „Deutschen Reichszeitung" in verschiedene Blätter übergegangene Nachricht, daß „Marpingen wieder gesperrt" d. h. daß nach dreitägiger Aufhebung das Verbot des Betretens des Districtes Härtelwald wieder erneuert sei, ist unrichtig. Nachdem am 9. l. Mts. die betreffende Polizeiverordnung zurückgenommen worden, ist keine Erneuerung des Verbots erfolgt. Ebenso ist es unrichtig, daß die bereits abberufenen Gendarmen wieder zurückgekehrt seien. Gegenwärtig stehen hier nur noch vier Gendarmen, und auch diese sollen bereits die Weisung haben, in den nächsten Tagen nach ihren früheren Stationsorten zurückzukehren. Was sollten die Gendarmen auch ferner hier noch thun? Die Behörde würde doch eine gar zu geringe Meinung vom dem Fassungsvermögen der Bevölkerung zu erkennen geben, wenn sie jetzt, wo durch das Geständniß der verlogenen Kinder die ganze Sache als grober Betrug vor aller Welt Augen klar hingestellt ist, noch annehmen wollte, daß man dazu übergehen werde, Wallfahrten nach den sogenannten Gnadenorten zu veranstalten. Nachdem noch die öffentliche Versteigerung der berühmten Wachtbude, der sogenannten „Villa zum mißglückten Muttergottesschwindel" einige Kaufliebhaber und Neugierige herbeigezogen, ist es hier in der That recht stille geworden. Nur Ende voriger Woche hatten wir noch einmal auswärtigen Besuch, es waren dies die bairischen Abgeordneten des deutschen Reichstags; der Geistliche Rath und Stadtpfarrer Dr. Westermayer und der Pfarrer Edler, die wohl Wunders glaubten, was für Wunder sie hier zu sehen bekämen. Aber nachdem sie sich bald überzeugt, daß hier absolut nichts mehr zu sehen — und zu machen ist, zogen sie nach einer kleinen Zwiesprache mit den Gendarmen schnell wieder ab. Die Herren, welche ihre Sitze im Reichstage aufgegeben, um Marpingens Wunder zu schauen, werden auf die neugierigen Fragen ihrer Collegen vom Centrum wohl nicht viel zu verrathen wissen, und vergeblich wird die kleine Excellenz Windthorst von ihnen neues Material zu der beabsichtigten großen Interpellation über die „unleidliche Polizeiwirthschaft" in Marpingen erwarten.

Elberfeld. 24. Nov. [Bei der heute hier stattgefundenen Ersatzwahl] eines Abgeordneten zum Abgeordnetenhause an Stelle des Professor Dr. Hänel wurde der Candidat der vereinigten liberalen Parteien, Kämmerer Runge in Berlin, mit 341 Stimmen gewählt; der Candidat der freiconservativen Partei, Landrath Melbeck, erhielt 253 Stimmen.

Oesterreich.

$_*{}^*{}_*$ **Wien,** 23. Nov. [Die Verwerfung des neuen Bankstatutes.] Heute bereits hat die Generalconferenz der Verfassungspartei ein entsprechendes Nachspiel von Seiten der Bankdirection gefunden. Die Bankdirection hat den Antrag des Comite's, das sie zur Prüfung des neuen Statuten-Entwurfes entsendet, einstimmig angenommen und demgemäß bei dem Bankausschusse zu beantragen beschlossen: 1) die Ablehnung einer Privilegiums-Erneuerung auf Grund dieser Statuten; 2) die Bitte an die beiden Finanzminister, gemeinsam mit der Nationalbank ein auf „wesentlich anderen, banktechnisch ausführbaren Grundlagen" basirendes Statut auszuarbeiten. Der Motivenbericht des Comite's zu seinem jetzt angenommenen Antrage ist aus der Feder des General-Secretärs Lucä geflossen und in seiner stylistischen Präcision und durchsichtigen Klarheit, wie in seiner erschöpfenden und kaltblütigen Behandlung des Themas geradezu ein Meisterstück, gleich allen, aus dieser Quelle stammenden Schriftstücken. Der Regierungs-Entwurf — so spitzt sich das Raisonnement zu — will den staatlichen Dualismus bis auf das letzte Jtüpfelchen auch auf das Noten- und Bankwesen übertragen. Ja, der Dualismus wird hierbei erweitert zur Aufstellung zweier Bankanstalten, die thatsächlich selbstständige Notenbanken sind, gleichberechtigt nebeneinanderstehen, aber keinem Centralorgan untergeordnet sind. Denn der Centralausschuß in Wien, der weder ein volles Verwaltungsrecht, noch ein, das Wesen der Geschäftsführung treffendes, sondern blos ein rein formelles Recht der Controle besitzt, kann nicht einmal für die Sicherheit des Capitals, geschweige denn für die Einheit der Note die Haftung übernehmen." Die ausschließlich von ungarischen Staatsbürgern verwaltete Bankanstalt werde thatsächlich eine unabhängige ungarische Nationalbank sein. In Folge der paritätischen Zusammensetzung des Centralorgans aber hänge es von Einer Stimme ab, ob nicht auch in der Controle die ungarische Auffassung des Notenwesens entscheide, so daß dann die ganze österreichisch-ungarische Bankgesellschaft nichts mehr sei, als „eine leicht umhüllte ungarische Notenbank, deren Noten in beiden Theilen der Monarchie Zwangscours genießen". Lucä fügt hier die schneidige Bemerkung hinzu: „Es liegt aber nicht im wirthschaftlichen und finanziellen Interesse der Monarchie, deren gesammten öffentlichen Credit unter den scharfen Augen des Auslandes solchen Versuchen zu unterziehen!" Die Vertheilung der Notenmenge zwischen beiden Reichshälften nach dem Schlüssel von 70 und 30 wird einer principiellen und einer ziffermäßigen Kritik unterzogen. Der Procentsatz sei verwerflich, weil Ungarn selbst in der Zeit der höchsten Creditbenützung vom 11. Novbr. 1873 lange keine 30 pCt. der Gesammt-Noten-Circulation beschäftigt habe. Principiell ist die ganze Theilungsidee verwerflich, weil sie allen gesunden Bank-Grundsätzen widerspricht: warum in Einer Hälfte der Monarchie eine künstliche Geldklemme dadurch erzeugen, daß in der anderen Banknoten unbenützt liegen bleiben müssen? Das aber sei unausbleiblich: denn Ungarn bedürfe im Hochsommer bis zum Spätherbst, bis zum Verkauf der Ernte, das meiste Geld; Oesterreich aber im Winter und im Frühjahre.

Schweiz.

Zürich, 21. Nov. [Antwort des Bischofs Herzog an den Hirtenbrief der ultramontanen schweizerischen Bischöfe. — Das Schullesebuch in St. Gallen. — Aus Innerrhoden. — Aus dem Berner Jura. — Die reformirte Synode in Bern. — Das Bundesbudget für 1877. — Von der Gotthardbahn. — Zum Tessiner Conflicte.] Die schweizerischen Bischöfe ließen sich auch von Rom zu Hämmlingen machen, Pfarrer und Professor Herzog aber nicht. Auf ihren Angriff in einem von Schmähungen und Verleumdungen strotzenden Hirtenbriefe bedient der nunmehr altkatholische Bischof sie mit Pfeffer und Salz. In seiner Antwort heißt es u. A.: „Man muß die Kühnheit der römischen Bischöfe in der Schweiz bewundern, mit der sie andere als Comödianten zu erklären wagen. Ich sah vor einiger Zeit die Photographie eines Geistlichen; in Andacht hingegossen kniete dieser mit aufgehobenen Händen vor einem Crucifix; so ließ sich der Mann photographiren! Welch' ein Comödiant! rief Jeder, der das Bild sah. Der Name des betreffenden Herrn steht unter Eurer Erklärung, ihr Bischöfe. Jüngst war zu Lourdes ein gar großes Fest: man setzte einer kleinen Statue ein Krönchen auf den Kopf. Zu dieser Kinderei versammelten sich über 30 Bischöfe, über 3000 Priester, über 100,000 Laien. War das nicht arge „Gaukelei"? Eure Collegen, ihr Bischöfe, haben dieselbe angeordnet und einer der Unterzeichner Eurer Erklärung hat die Festpredigt gehalten. Unredlich nenne ich es, wenn die vaticanischen Bischöfe in der Schweiz unsere Priester als Judasse, als eidbrüchige Apostaten, als sittlich verkommene Menschen und als Heiligthumsschänder darstellen. Den letzteren Vorwurf verzeihe ich ihnen, denn sie scheinen wirklich in dem gotteslästerlichen Wahne befangen zu sein, als könnten sie nach Willkür über Gottes Gnade verfügen, Seligkeit oder Verdammniß über unsterbliche Seelen verhängen. Mit einer nur bei römischen Priestern nicht überraschenden Bestimmtheit sagen sie uns vorher, daß unser Ende unselig sein werde. Ich antworte ihnen mit den an ähnliche Zeloten gerichteten Worten des Apostels Petrus: „Wir hoffen aber selig zu werden durch die Gnade unsers Herrn Jesu Christi auf gleiche Weise, wie auch sie." Daß sich hingegen einige sittlich verkommene Priester uns angeschlossen hatten, ist leider wahr. Aber das bedauern wir am meisten. Wir haben nicht die Hälfte der sich anmeldenden römischen Priester angenommen, aber leider dennoch neben ausgezeichneten, frommen und sittenreinen Männern auch einige Nichtswürdige, Betrüger, Säufer, Unzüchtige erhalten. Eure Blätter, ihr Bischöfe, haben die Leute gekannt und die Schändlichkeiten schamlos aufgedeckt. Sie haben uns damit einen großen Dienst erwiesen; denn nun konnten wir die Elenden wieder von uns stoßen. Und wo sind sie jetzt? Sie sind wieder da, wo sie ihre moralische Kraft und ihr Gewissen eingebüßt und von wo sie zu uns gekommen. Sie sind wieder in eurer Kirche, ihr Bischöfe; ihr habt auch die Schändlichsten wieder aufgenommen. Sie sind wieder bei denen, die sich uns ebenfalls zur Verfügung gestellt hatten, die wir aber abweisen mußten. Ja, ihr Bischöfe, ich weiß nun, daß eine erschreckend große Zahl eurer Priester sittlich corrumpirt ist. Stände es besser mit der Moralität des katholischen Clerus, so würden die Reihen eurer Gegner sich rasch verdoppeln und verzehnfachen; denn ich weiß, daß viele nur deshalb sich scheuen, offen der Wahrheit Zeugniß zu geben, weil sie die Schamlosigkeit einer „guten" Presse zu fürchten haben." — Die Lehrer der Stadt St. Gallen haben dem Regierungsrath für seine Festigkeit gegenüber dem clericalen Treiben in Sachen des trefflichen Ergänzungsschullesebuchs ihren besten Dank ausgedrückt. — Die Regierung von Innerrhoden hat den Beschluß einer Gemeinde, ihren bewährten Lehrer durch eine Lehrschwester zu ersetzen, cassirt. Viel für das fromme Innerrhoden! — Die Ultramontanen im Berner Jura verlangen von der Staatsbehörde Corporationsrechte für „freie" Kirchgemeinden. Ihre „Freiheit" besteht darin, daß sie den Papst und die römischen Geistlichen auch ferner als Oberhäupter anerkennen; auch nehmen sie sich die „Freiheit" heraus, den gesetzlichen Zustand umstürzen und sämmtliche Kirchengüter herausverlangen zu wollen. — In der reformirten Synode des Cantons Bern wurde u. a., allerdings ohne Erfolg, vorgeschlagen, den Austritt aus der Landeskirche zu erschweren. Dagegen soll ein anderer Vorschlag, die kirchliche Feier mit mehr Festlichkeit auszustatten, von einer Commission geprüft werden. Mit solchen Versuchen, die Reize der Landeskirche zu erhöhen, wird doch nur den Mäusen gepfiffen; gar viele Leute finden einmal den Gottesdienst und die Predigt langweilig. — Am 4. December beginnt die Bundesversammlung ihre Wintersitzung. — Das Bundesbudget für 1877 schließt einstweilen mit einem Deficit von fast 1 Mill. Frcs. Die schönen Jahre sind vorüber, da die Bundeskasse stets Ueberschüsse hatte; wie überall, wird auch hier das liebe Militärbudget immer gefräßiger. — Die große Gotthardbahn-Commission hat sich für zweispurigen Bau erklärt. Bleibt freilich die Frage, woher das Geld nehmen? — Zwischen den Fratelli ticinesi ist wieder einmal der Frieden ausgebrochen; für seine Dauer wird aber Niemand wetten. Der Bundescommissär Bavier kam mit je zwei Vertretern der liberalen und der ultramontanen Partei Tessins nach Bern, wo unter bundesräthlicher Leitung eine Vereinbarung dahin getroffen wurde, daß der Große Rath (ultramontaner Rumpf) gestern noch zusammengetreten, jedoch sich nur mit dem Budget und einem neuen Verfassungsdecret beschäftige. Nach letzterem sollen die Neuwahlen zum Großen Rath auf Grund der Kopfzahl stattfinden, sobald es vom Volke und von der Bundesversammlung genehmigt worden. Diese wird auch noch über die Frage zu entscheiden haben, ob geheime gemeindeweise, wie die Ultramontanen wollen, oder offene Kreisabstimmung, welche die Liberalen nach bisheriger Uebung fordern, stattfinden solle.

Frankreich.

⊙ **Paris,** 22. Nov., Abends. [Zur orientalischen Krisis.] Man ist im auswärtigen Amte sehr befriedigt von der Unterredung, welche gestern der Duc Decazes mit Lord Salisbury hatte. Nach den Erklärungen des englischen Vertreters zu urtheilen, wird die Haltung des Londoner Cabinets nicht eine so starre sein, als man hier geglaubt hatte. Wie der „Temps" erfährt, hat Lord Salisbury seine feste Zuversicht in die Aufrichtigkeit der friedlichen Aeußerungen des Kaisers Alexander, wie sie in den eben veröffentlichten Depeschen Lord Loftus aufgezeichnet sind, ausgesprochen. Er gehe nach Konstantinopel ohne anderen Gedanken als den festen Wunsch, den Frieden zu erhalten und sei durchaus geneigt, jeden Vorschlag zur Verbesserung des Looses der Christen im Orient, welcher die Ausführung der Reformen sichere, anzunehmen, woher dieser Vorschlag auch kommen möge. Nach Lord Salisbury hat die englische Regierung bei der heute erfolgten Veröffentlichung der diplomatischen Correspondenz vom 1. bis 21. d. die Absicht, den in England schon eingetretenen Meinungswechsel zu verstärken; sie hält es für ihre Pflicht, das Publikum auf einen Frieden vorzubereiten, welcher mit der Ehre und den Interessen Englands verträglich ist. Soweit der „Temps". Die „France" ihrerseits berichtet, Lord Salisbury habe den festen Entschluß ausgesprochen, auf der Conferenz an der Herstellung eines regelmäßigen und dauerhaften Regiments zu arbeiten; zu diesem Behufe werde er nicht vor einer theilweisen Revision des Pariser Vertrages zurückschrecken. Er sei auch einer militärischen Besetzung der Türkei nicht durchaus abgeneigt. Der Duc Decazes habe darauf dem englischen Bevollmächtigten von seinen Instructionen an de Chaudordy Kenntniß gegeben. Danach soll der französische Vertreter 1° jeden Vorschlag betreffs Verbesserung der jetzigen türkischen Zustände unterstützen, 2° sich niemals in Gegensatz zu den continentalen Mächten bringen, deren Programm auf die nothwendigen Reformen abzweckt, 3° eine Entscheidung in der Frage der militärischen Occupation vorbehalten, bis ein Beschluß der Mehrheit der Garantiemächte vorliegt! In den hiesigen politischen Kreisen ist man ziemlich allgemein der Ansicht, daß es zur militärischen Occupation kommen werde.

[Felicien David's Lalla Rookh.] Gestern wurde in der Komischen Oper des jüngst verstorbenen Felicien David's Lalla Rookh, die man seit beinahe 20 Jahren nicht gehört hatte, dem Pariser Publikum aufs Neue vorgeführt. Der Erfolg ist ein überaus glänzender gewesen, sowohl für die Musik als für die Darstellung. Mit Recht, der erste Act ist ein echt orientalisches Bild, die Musik poetisch, träumerisch, ursprünglich und selbst in den komischen Stellen so liebenswürdig discret auftretend, daß man sich wie in einem schönen Traum befangen fühlt. Wenn Corot den Orient gemalt hätte, so würden wir seine Landschaften mit dieser Musik vergleichen. Der zweite Act, mit Ausnahme der ersten großen Arie von Lalla Rookh, ist schon minder vorzüglich. Wir werden an Componisten aller Nationen und Zeiten darin erinnert; im Vergleiche mit dem ersten Act wird die gewöhnliche Stimmung, mit einem Worte die Factur einer gewöhnlichen Oper unleidlich. Aber auch dieser zweite Act wurde vom Publikum beifällig aufgenommen. Frau Brunet-Lafleur und Herr Fürst in der Rolle des verkleideten Prinzen sind vorzüglich. Gut gegeben, würde diese Oper auch in Deutschland beifällig aufgenommen werden.

Rußland.

≏ **St. Petersburg,** 19. Nov. [Die Sachlage im Orient und der Friede. — Die Serben.] Der weitere Verlauf der Dinge hat es in ausreichender Weise bestätigt, daß Rußland sich zwar zum Kriege rüstet, um seinen Forderungen den größtmöglichsten Nachdruck zu geben, daß aber die Möglichkeit einer friedlichen Lösung bei uns oder von unserer Seite noch gar nicht in Abrede gestellt wird. Es handelt sich um die Thatsache, daß die Türkei seit 1856 Europa gegenüber ihre Versprechungen nicht erfüllt hat, und daß trotz aller diplomatischen Pressionen und sonstiger mißbilligender Erklärungen die Pforte nicht dazu gebracht wurde, ihrer Versprechungen mehr eingedenk zu sein. Eben so ist es außer allem Zweifel, daß die Drei-Kaiser-Allianz unerschüttert fortbesteht: ihre Wirksamkeit zeigt sich eben darin besonders günstig, daß die Freundschaft der drei Kaiser über zufällige Schwankungen erhaben ist, und daß die Verständigung über obschwebende Fragen durch das gegenseitige Vertrauen ungemein erleichtert wird. Was Rußland von der Türkei verlangt, sind Dinge, welche durch die besonderen Verhältnisse der Türkei und namentlich durch die Schuld der Pforte nothwendig geworden sind. Rußland hat dabei nicht nur andere Mächte im Interesse des europäischen Friedens zuerst vermitteln lassen, sondern hat im Princip auch grade die Vorschläge Englands zur Grundlage seiner Forderungen gemacht. Die bisherigen Vermittlungsversuche haben jedoch nicht zum Ziele geführt, indem die im Namen Europa's vorgebrachten Forderungen oder Wünsche nicht mit demjenigen drohenden Nachdruck ausgesprochen worden waren, welcher auf die Pforte schließlich allein wirkt. Daraus geht denn mit Nothwendigkeit hervor, daß ein neuer Versuch bei der Pforte nicht ebenso nachdruckslos, wie die früheren, ausgeführt werde — da man um so und so viele Erfahrungen nun reicher ist. Dazu ist die Sachlage in der Türkei verwickelter, als sie früher gewesen; ihr Verfahren gegen die christlichen Unterthanen war roher, rücksichtsloser, die Menschheit noch mehr schändend, als man es in den Tagen des Berliner Memorandum noch überhaupt für möglich gehalten. Es ist daher auch nicht mehr Zeit, in sanfterer Weise der Pforte zuzureden, — und so mußte Rußland sich auch jetzt dermaßen stellen, daß die Pforte das Riskirte eines ferneren abwehrenden Verhaltens begreift. Da die Möglichkeit doch immer noch vorliegt, daß die Türkei es vielleicht auf das Aeußerste ankommen ließe, muß Rußland für solche Eventualität hinlänglich gerüstet dastehen. — Uebrigens haben alle Vermittelungs-Vorschläge Europas von der Consular-Commission an die Sachlage in der Türkei längst in das gehörige Licht gestellt. Die Beschwerden Rußlands sind zugleich die Beschwerden des ganzen civilisirten Europa: Rußland gehen die Nothstände in der Türkei wegen seiner religiösen und nationalen Verwandtschaft nur näher an. Aber ebenso hat auch Oesterreich das unleugbarste Interesse daran, daß die beunruhigenden Zustände an seinen Grenzen endlich beseitigt werden. Durch Anheimstellen der Christen an die schrankenlose und willkürliche Botmäßigkeit der Türkei — wenn die Mächte sich dazu hätten entschließen können oder wollen — würde die Ruhe auf die Dauer nicht hergestellt. Die Krise ist zu acut geworden, als daß ein von Europa verdammter Zustand, der außerdem den Frieden mit steter Gefährdung bedroht, ohne eine gründliche Abhilfe fortbestehen darf. Hierin liegt aber auch Alles, was Rußland verlangt, und die bisherigen Erfahrungen mit der Pforte haben dargethan, daß die von der Pforte zu gewährenden Garantien höchst solide sein müssen. Die Rede des Lord Beaconsfield betrachtet man um so weniger als ernstlich nach außen gekehrt, als selbst die „Times" und die „Daily News" ihr nur eine locale, persönliche Färbung vindiciren und den herausfordernden Ton derselben in schärfster Weise tadeln. — Die geringe militärische Brauchbarkeit der Serben wird von den russischen Blättern mehrfach erörtert. Schon lange vor dem Losbrechen der Serben ward von mehreren unserer Blätter, namentlich von der russischen „St. Petersburger Zeitung" die Gewißheit constatirt, daß Serbien nicht das Zeug hätte, die Rolle eines südslavischen Piemont zu spielen. Die sich inzwischen auch durch die That bewährende geringe militärische Brauchbarkeit der Serben wird nun durch folgende Umstände erklärt: 1) Die Serben haben von dem specifisch militärischen point d'honneur im Allgemeinen, in der Masse, wenig Begriff. Sie haben ihre Patronen vielfach verschossen, blos um möglichst bald vom Schlachtfelde fortzukommen und um angeblich neue zu holen. Ein Offizier, der die Serben offenbar sehr gern hat, sagt, es sei das keineswegs Feigheit, als vielmehr eine gewisse Naivetät, die sich nicht einfallen läßt, daß in solchen Kunstgriffen etwas Häßliches liegt. 2) Die serbische Armee ist nur Miliz, ohne irgend welche Traditionen. 3) Die Serben sind im Allgemeinen wohlhabend; das Leben hat für sie Reize und Annehmlichkeiten, die sie theils nicht gern entbehren, theils auch nicht durch den Tod verlieren mögen. 4) Die Serben empfanden in der Masse nicht direct den Druck der türkischen Barbarei. Dazu kommt, daß bei den Bewohnern Serbiens das Vaterlandsgefühl viel weniger dominirt, als der Familiensinn. Geht es der Familie gut, und stehen allenfalls in der Gemeinde die Dinge auch leidlich, so ist der Serbe in der Regel befriedigt; der Constitutionalismus dient in Serbien nur dazu, die Dinge zu verwirren, die staatlichen Kräfte zu lähmen und kleinen Intriguen

aller Art Thor und Thür zu öffnen. — Wenn man in unserer Presse diese Umstände früher vielleicht auch nicht sämmtlich so übersah, so waren die Artikel, welche Serbien von gewagten Unternehmungen abmahnten, doch höchst ernst gemeint. Ebenso ernst und nachdrücklich waren auch die officiellen Abmahnungen. Als Serbien sich trotzdem in den Krieg stürzte, dominirte bei uns allerdings die Theilnahme in dem Sinne, daß man das Vorgehen Serbiens als zu Gunsten der christlichen Sache geschehen ansah; darum ward den Serben die ausgedehnteste unofficielle Hilfe zu Theil, indem diese eben der Rettung der christlichen Völker von mosleminischer Barbarei und ruchloser Willkür galt.

Provinzial-Zeitung.

⁂ **Breslau**, 25. Nov. [Im Breslauer Handlungsdiener-Institut] hielt am 22. d. Mts. der Vorsteher des statistischen Bureaus, Herr Dr. M. Bruch vor einem sehr zahlreichen Auditorium einen Vortrag über „Das Wohnen und die Wohnung". In ebenso belehrender als höchst interessanter Weise behandelte der Redner das Thema nach seiner historischen, hygienischen und finanziellen Bedeutung und fesselte die Aufmerksamkeit der Hörer in so hohem Grade, daß sich nach dem Schlusse noch eine längere Debatte daran knüpfte. — Auch der diesem Vortrage vorangegangene Debatten-Abend zeichnete sich durch eine überaus rege Betheiligung vor seinen Vorgängern im letzten Semester vortheilhaft aus und documentirte — entgegen den düstern Anschauungen eines mißvergnügten Referenten — den lebhaften Aufschwung, den das Institut nicht bloß in der Zahl, sondern auch in dem Streben seiner Mitglieder nach geistiger Entwickelung genommen. Am nächsten Mittwoch findet wiederum ein Debatten-Abend, verbunden mit einem Vortrage „Ueber Nahrungsmittel" statt; für den 6. December hat Herr Dr. Bruch einen zweiten Vortrag „Ueber Besteuerung" gütigst zugesagt und auf den 13. December ist als Schluß des Quartals ein großer, geselliger Abend angesagt, für welchen bereits umfassende Vorbereitungen getroffen werden. — Am 4. December beginnt ein stenographischer Cursus nach Gabelsberger unter der Leitung eines Mitgliedes.

L. **Liegnitz**, 23. Nov. [Stadtverordneten-Wahl. — Müller.] Was ich Ihnen in Betreff der Stadtverordneten-Wahl der dritten Abtheilung gestern mitgetheilt, hat sich bestätigt, die besagten vier Herren sind nach Majorität gewählt und zwar erhielten von den abgegebenen 452 Stimmen die Herren Taubstummen-Director Kratz 367, Kaufmann Kittler 368, Obermeister früherer Wurstmacher Anders 285 und Tischlermeister Krauthahn 269. Bei der heute vorgenommenen Wahl der zweiten Abtheilung betheiligten sich 232 Wähler. Es wurden gewählt die Herren Kaufmann Adler mit 195, Canzleirath Centner mit 194, Kaufmann Grüneberger ebenfalls mit 194, Maurermeister und Zimmermeister Schüller mit 178 Stimmen. — Dinstag, den 28., und Donnerstag den 30. November, wird der Hofschauspieler Herr Gustav Müller aus Wiesbaden zwei Vorlesungen aus Shakespeare in dem soeben erst fertig gewordenen neuen Saale des Badehauses halten.

⊙ **Hirschberg**, 23. Nov. [Kämmerei-Verwaltung und städtisches Vermögen. — Kirchliches.] Seitens der hiesigen Kämmerei-Verwaltung wurden in der Verwaltungsperiode 1872—1875 für den Verkauf von Grundstücken 163,087 M. 33 Pf. eingenommen und für den Ankauf von Grundstücken 130,872 M. 89 Pf. ausgegeben. Die Fläche des städtischen Grundbesitzes vergrößerte sich dabei um 20 Hektar 44 Ar 31,65 Meter. Die Activa der Stadt stiegen in diesem Zeitraum von 51,668 M. 77 Pf. auf 59,915 M. 59 Pf., die Schulden aber von 345,255 Mark auf 356,548 M. 60 Pf., wonach die Zunahme der Schulden die Zunahme der Activa um 3046 M. 78 Pf. übersteigt. Das Gesammtvermögen der Stadt betrug am Schlusse des Jahres 1875: a) an Activis 59,915 M. 59 Pf., b) an Werth der nutzbaren Immobilien ꝛc. mit einem Reinertrage von 67,613 Mark zu 5 pCt. capitalisirt 1,352,260 Mark und c) in dem zum Zwecke der Feuerversicherung festgestellten Taxwerthe der städtischen Gebäude 614,820 M., zusammen 2,026,995 M. 59 Pf., nach Abzug der Schulden im Betrage von 356,548 M. 60 Pf. aber noch 1,670,446 M. 99 Pf. Als Schlußergebniß der Verwaltung von 1872—1875 ist zu constatiren, daß in dieser Zeit die Communalsteuern sich verminderten, die Besitzthümer der Stadt an Fläche und Werth aber nicht unerheblich stiegen, während die Schulden verhältnißmäßig nur wenig sich steigerten und viele nützliche Unternehmungen ausgeführt wurden. — Das Königl. Consistorium hat dem Beschlusse des Gemeinde-Kirchenrathes und der Gemeinde-Vertretung der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde, die durch die Pensionirung des Archidiakonus Dr. Peiper und die damit verbundene Succession der Herren Geistlichen: Finster und Schenk zur Erledigung gekommene vierte Predigerstelle nicht wieder zu besetzen, seine Zustimmung versagt. Die Wiederbesetzung dieser Stelle dürfte nunmehr auf Wunsch des Consistoriums um so mehr zu beschleunigen sein, als nächste Ostern auch Herr Pastor prim. Henckel auf seinen Antrag pensionirt wird. Als Pension soll demselben das volle Gehalt (800 Thlr.) gewährt werden.

X **Neumarkt**, 24. Nov. [Nachtrag zur Trichinen-Geschichte. — Liedertafel.] Das im vorigen Referat erwähnte Schwein ist, wie sich nun herausgestellt hat, nicht trichinös gewesen und verhält sich der letzte Befund wie folgt: Die verwittwete Frau Persicke, welcher das in Rede stehende Schwein gehörte, wandte sich demnächst an eine medicinische Capacität in Breslau, welche nach Untersuchung eines Stückes der Lunge dieses Schweines erklärte, daß die darin vorgefundenen Würmer sogenannte Lungenwürmer seien, deren die Schweine zumeist besäßen, in der Lunge jedoch niemals Trichinen zu suchen oder zu finden seien. Die Frau P. nebst deren Gäste haben nun außer ihrer Angst das gestörte „Familienfest" zu beklagen. Dem Fleischbeschauer ist jedoch durchaus kein Vorwurf zu machen, da er über solche Vorkommnisse nicht genug Fachmann ist und seine Wahrnehmung immerhin Grund zu Bedenken geben konnte und im Wiederholungsfalle auch solche geben würde, da der Genuß einer mit Würmern besäeten Schweinslunge auch nicht Jedes Kost ist; überdies sagt ein altes Sprichwort: „Vorsicht ist die Mutter der Weisheit". — Gestern Abend beging der hiesige Verein „Liedertafel" seine zweite Ressource im Baum'schen Saale. Die Leistungen waren wieder recht gut, namentlich gefielen die Gesangs-Quartette ungemein und wurden verdientermaßen applaudirt.

△ **Steinau a. O.**, 23. Novbr. [Ertrunkener. — Strombau-Angelegenheit. — Bauten.] Heute wurde der in Klein-Bauschwitz ansässig gewesene Gastwirth Scharte, welcher in der Iseritz seinen Tod fand, beerdigt. Scharte war mit mehreren Insassen seines Wohnorts in dem Nachbardorfe Krehlau zur Holzauction gewesen und war es bereits dunkel geworden, als sie ihre Heimreise antraten. Unterwegs war ꝛc. Scharte genöthigt, einen Augenblick zurückzubleiben und forderte seine Reisegenossen auf, langsam weiter zu gehen, er würde sie gleich wieder eingeholt haben. Als aber der Zurückgebliebene nicht nachkam, kehrten die andern um und suchten nach dem Vermißten. Da man schon nahe an Klein-Bauschwitz angelangt war, so wurde auch schnell eine Laterne requirirt und fand man mit Hilfe dieser den Verunglückten in der Iseritz todt am Ufer liegend vor. Jedenfalls war der Ertrunkene von dem richtigen Fußpfad abgekommen, hat den am Ufer der Iseritz in Folge Räumung neu aufgeworfenen Erdwall für den richtigen Iseritzdamm gehalten und ist nun, da es inzwischen ziemlich finster geworden, in die Iseritz gefallen, worin er seinen Tod fand. Der Ertrunkene hinterläßt außer seiner trauernden Gattin 7 Kinder, von denen die meisten noch unerzogen sind. — Der vom Zimmermeister Herrn C. R. Lattke gebaute neue Eisbrecher in der Nähe des Aufzuges ist bereits seit 8 Tagen fertig und sind nur noch die Eisenschienen an den vorstehenden Kanten zum Schutze des Holzes anzubringen. — Die linde Witterung begünstigt den weiteren Ausbau des hiesigen Kreis-Ständehauses in erfreulicher Weise. Nach einer kärgeren Unterbrechung resp. Einstellung der Maurerarbeiten konnten bereits seit 14 Tagen die Arbeiten an der Wölbung und Verschalung wieder aufgenommen werden. Für künftiges Jahr stehen einige größere Bauten in Aussicht. Das hiesige an der Oder reizend gelegene Kaffeehaus (Steinauer Garten) ist seit dem 1. Oct. in den Besitz des Restaurateurs Lehmstedt übergegangen und hat in jüngster Zeit eine bedeutende Renovation erfahren. Auch ist in demselben Locale eine Mineralwasserfabrik angelegt worden. Wie wir erfahren, soll im künftigen Jahre unmittelbar daneben ein mehrstöckiges Gebäude aufgeführt werden. Auch für den Zeitvertreib an den langen Winterabenden ist in neuester Zeit für die Steinauer Einwohnerschaft wieder Einiges geschehen. Zu den bereits bestehenden sieben Billards sind seit wenigen Wochen noch zwei neue — und zwar eins in Hotel zum Deutschen Hause und das andere in dem oben erwähnten Kaffeehause aufgestellt worden.

Herrnstadt, 22. Novbr. [Tageschronik.] Am Sonntag Abend brannte eine Scheuer des Dominium Piskorsine total nieder und wurden bei dieser Gelegenheit 150 Schock ungedroschener Roggen ein Raub der Flammen. Es wird böswillige Brandstiftung vermuthet. — Am Montag, den 20. d., fand in Stelle des ausgeloosten Bürgermeisters Herrn Göbel die Neuwahl eines Vertreters hiesiger Stadt in den Kreistag statt und wurde genannter Herr einstimmig wiedergewählt. — Die Stelle eines Communal-Arztes ist nach dem Tode des Dr. med. Herrn C. W. Koch durch den Dr. med. Herrn Rösner aus Glatz bereits wieder besetzt worden. — Die Aufhebung des Schulgeldes und Einführung einer Schulsteuer soll, mit Rücksicht auf den bevorstehenden Erlaß eines Unterrichtsgesetzes, vorläufig noch hinausgeschoben werden, da das zu erlassende Gesetz wohl auch über diese Materie einschlagende Bestimmungen enthalten wird. — Die hiesige Fortbildungsschule für Lehrlinge erfreut sich eines sehr regelmäßigen Besuches Seitens der Schüler derselben; auch giebt das Betragen Letzterer in der Schule zu Klagen keine Veranlassung. — An Stelle des Diakonus Herrn Gardin ist als Leiter derselben der Lehrer Herr Rakette getreten. Erstgenannter Herr hat eine fernere Wirksamkeit an dieser so segensreichen Anstalt aus nicht mitgetheilten Gründen auf eine diesbezügliche Anfrage abgelehnt. — Kürzlich verunglückte der Sohn des Ziegelstreicher Heller in Groß-Wiersewitz dadurch, daß er in einem Sandloche beim Graben von Stubensand verschüttet wurde.

⊙ **Bernstadt**, 22. Nov. [Zur Kriegervereinssache.] Der in § 2 des Statuts des deutschen Krieger-Bundes unter d angegebene Zweck: „Den Bundesangehörigen in Noth und Alter mit Rath und That hilfreich zur Seite zu stehen, insbesondere durch Gewährung von einmaligen oder fortlaufenden Geldunterstützungen", wurde bis jetzt nur facultativ angestrebt. Die am 4. und 5. Juni d. J. in Dessau versammelt gewesenen Delegirten des Deutschen Krieges-Bundes, der gegenwärtig über 100,000 Mitglieder zählt, sind der Verwirklichung dieses Zweckes insofern näher getreten, als die Gründung einer Unterstützungskasse für Wittwen, Waisen und arbeitsunfähige Mitglieder des Vereins und somit eine obligatorische Unterstützung beschlossen wurde. Die diesem Beschluß zu Grunde liegenden Motive waren das Bestreben, die im Soldatenrock angeknüpfte Kameradschaft nicht nur bis zum Tode, sondern auch bis über diesen hinaus zu pflegen und zu einer Quelle der Wohlthat für arbeitsunfähige Kameraden, sowie für deren hinterlassene Wittwen und Waisen zu machen. Mit der Ausarbeitung der hierauf bezüglichen Statuten wurde von sämmtlichen anwesenden Delegirten die sogenannte Zehner-Commission betraut, die aus folgenden Herren besteht: dem Geheim-Secretär Blank im kaiserlichen Cabinet in Berlin, dem Ober-Kasernen-Inspector Burow in Berlin, dem Polizei-Secretär Bröske in Spandau, dem Sparkassen-Rendant Haspel in Stuttgart, dem Divisionsprediger Göhrke in Stettin, dem Advokat Ihlefeld in Grevesmühle in Mecklenburg, dem Rechtsanwalt Grund in Waltershausen bei Gotha, dem Dr. Hilligis, practischem Arzt in Berlin, dem Vicepräsidenten Böttger in Osnabrück und aus unserem Mitbürger, dem pens. Husaren-Wachtmeister Wolff in Bernstadt. Ein jeder dieser 10 Herren, die für die Durchführung obiger Idee ganz besonders wirksam sind, hat nun für sich ein Statut für die gedachte Unterstützungskasse nach seinen Ansichten entworfen, und soll in demnächst zu Berlin abzuhaltenden Conferenzen, deren erste am 25. d. M. stattfindet, das für den gesammten Deutschen Kriegerbund geltende Statut festgestellt werden. Der Vorschlag unseres hiesigen Landsmannes Herrn Wolff, der sämmtliche zum Deutschen Kriegerbunde gehörigen Kriegervereine Schlesiens, Posens und Preußens vertritt, geht dahin: Jedem arbeitsunfähigen Kameraden eine wöchentliche Unterstützung von mindestens 5 Mark postnumerando, jeder Wittwe bis zu ihrer event. Wiederverheirathung aber eine monatliche Unterstützung von mindestens 6 Mark praenumerando zukommen zu lassen. Se. Majestät der Kaiser wird am 26. d. M., Nachmittags 1 Uhr, die Zehner-Commission in einer Audienz empfangen und das Protectorat für den ganzen Deutschen Kriegerbund übernehmen.

K. **Namslau**, 23. Nov. [Allgemeine Hundesteuer. — Gestohlene Pferde. — Obischau-Kaulwitzer Straße.] Die Königliche Regierung zu Breslau hat auf eine an sie ergangene Anfrage wegen Einführung einer allgemeinen Hundesteuer erwidert, daß sie mit Bezug auf § 10 der Kreisordnung die Einführung einer solchen Steuer als Kreissteuer nicht für zulässig erachten kann. Da aber eine Besteuerung der Luxushunde das einzig wirksame Mittel gegen das Ueberhandnehmen dieser Thiere sein dürfte, so giebt sie anheim, den Gemeinde-Vorständen die Anwendung der gedachten Maßregel auf Grund der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 29sten April 1829 und 18. October 1834 recht dringend zu empfehlen, beziehungsweise durch Einwirkung der Herren Landräthe möglichst herbeizuführen. — — In Strehlitz, hiesigen Kreises, sind als muthmaßlich gestohlen 2 Pferde und zwar ein brauner Wallach ohne Abzeichen, 9 Jahre alt, 1,57 Meter groß, mit langem Schweif und starker Mähne, an den Vorderfüßen scharf beschlagen, und ein Fuchs-Wallach, 12 bis 15 Jahre alt, 1,54 Meter groß, mit kleinem weißen Stern, weißem Fleck am Halse, linker weißer Hinterfessel und den Schweif bis zum Sprunggelenk verschnitten, angehalten worden. — Nachdem durch die Herstellnng einer chaussirten Straße von hier über Obischau nach Kaulwitz wiederum in wahrhaft anerkennenswerther Weise die Interessen des diesseitigen Kreises gefördert worden sind, soll der Fortbau dieser Straße von Kaulwitz über Schmograu nach Glausche und Droschkau, also fast bis zur nördlichsten Kreisgrenze, erfolgen. Der Herr Landrath Salice-Contessa, der sich die Herstellung dieser chaussirten Straße sehr angelegen sein läßt, ersucht die Kreisversammlung, zu beschließen: daß die für jene Straße bereits bestehende Commission verstärkt und beauftragt werde, im Namen des Kreises alle die erforderlichen Verhandlungen, welche zur möglichst schnellen Herstellung des chaussirten Weges in Droschkau erforderlich sind, herbeizuführen, auch diese Commission zu bevollmächtigen, eine specielle Aufsicht über die gute Unterhaltung der Straße selbst zu übernehmen, namentlich Sorge zu tragen, daß Seitens der Verpflichteten das Material zur Unterhaltung der Straße stets regelmäßig angefahren werde.

=ch= **Oppeln**, 24. Novbr. [Stiftungsfest.] Eine recht würdige Feier seines Stiftungsfestes veranstaltete gestern Abend im Saale des Hotel „Form" der hiesige Thierschutz-Verein unter äußerst zahlreicher Betheiligung seiner Mitglieder und Freunde und mit Unterstützung des hiesigen Instrumental- und Männergesang-Vereins. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Geh. Reg.- und Medicinal-Rathes Dr. Eitner, verlas Reg.-Rath v. Bechtold den von eingehender Arbeit zeugenden, anschaulichen und anregenden Vortrag des Herrn Eitner über die Aufgaben des Thierschutzes; der Schriftführer, Reg.-Rath Humbert aber erfreute in hergebrachter liebenswürdiger Weise die dankbare Versammlung durch den Vortrag einer von ihm gedichteten „Humoreske über 46 vierfüßige, vierhändige, fliegende, schwimmende, kriechende, springende, tanzende, singende, leuchtende, stehlende, wüthende, brüllende ꝛc. Moralprediger"; der Vortrag des Schatzmeisters, Kaufmann Hüttner über das Thier als unmündigen Bruder des Menschen, wurde mehrfach durch Applaus unterbrochen. Die mit diesen Vorträgen abwechselnden Orchester-, Quartett-, Solo- und Chorgesangs-Piecen boten die angenehmste Abwechselung; mit besonderem Beifall wurden aufgenommen ein Horn-Solo von Heiser, Männerchor mit Declamationen „Am Wachtfeuer" von Otto, die vierhändig vorgetragene „Ochsenmenuett" von Haydn, ein Clavier-Solo von Spindler und das scherzhafte Thierquartett von Brixler, welches auf lebhaften Dacapo-Ruf wiederholt werden mußte.

□ **Königshütte**, 23. Novbr. [Gewerbe-Verein. — Bierniederlage. — Gymnasium. — Concert.] In der letzten Sitzung des hiesigen Gewerbevereins sprach Kupferschmiedemeister Herr R. Aust über: „Mittel und Wege zur Hebung der gegenwärtigen gewerblichen Nothlage". Als solche sieht Redner an: 1) Einführung unbedingter Arbeitstheilung im Kleinen wie im Großen; 2) Aenderung unserer Patentgesetzgebung und deren strenge Handhabung; 3) Ausdehnung und Erweiterung der Thätigkeit der Civil-Ingenieure; 4) Aufgabe des Submissionsverfahrens bei Lieferungen an den Staat; 5) Beseitigung des üblichen langen Creditgebens und Einführung der Baarzahlung. Redner unterzog diese einzelnen Punkte einer gründlichen Erörterung und beleuchtete deren Nothwendigkeit sowie die Modalitäten ihrer Einführung. — Zu den vielen am hiesigen Orte bereits bestehenden Bierniederlagen ist in jüngster Zeit eine neue hinzugetreten und zwar für das Fabrikat der Dampfbrauerei der Herren Wolff und Standtke in Ohlau. Dieses neue Unternehmen des Herrn Kaufmann H. Zernick verspricht gute Rente, denn das Bier ist in jeder Beziehung vorzüglich. — Nunmehr ist es entschieden, daß unsere höhere Knabenschule von Ostern k. J. ab zum Gymnasium erhoben wird. Um auch hinsichtlich des Lehrerpersonals den Forderungen gerecht zu werden, hat die Stadt neuerdings frische Kräfte engagirt. Es wirken gegenwärtig an beregter Anstalt die Herren Gymnasial-Lehrer Maiß (provisorischer Dirigent), Dr. Protzen, Lubasch, Crügermann, Dr. Heine, Klimke und Sattler, sowie der Elementarlehrer Herr Wycisk als technischer Lehrer. An der mit qu. Anstalt verbundenen Vorschule sind die Herren Wagner und Postler thätig. — Gestern concertirte im Saale des Herrn Schall hierselbst die Capelle des Schlesischen Jäger-Bataillons Nr. 6 vor einem nicht besonders zahlreich erschienenen Publikum, denn auf einen großen Theil der Bewohnerschaft übt das Kunstfiguren-Theater des Herrn L. Franziskus in Wandel's Saale noch immer und anhaltend seine Zugkraft aus.

[Notizen aus der Provinz.] * Sagan. Wie das hiesige Wochenblatt aus sicherer Quelle erfährt, sind anläßlich des Besuches Sr. Majestät des Kaisers auf Schloß Sagan unter Anderem der Frau Castellanin Michenet ein sehr werthvolles goldenes Armband nebst einem huldvollen Begleitschreiben, Herrn Haushofmeister Reichert ein kostbarer Brillantring und Herrn Stallmeister Chandler werthvolle Knöpfe übermittelt worden. Herr Kammerdiener Korbel erhielt eine Nadel von hohem Werth, Herr Förster Träger eine goldene Ankeruhr mit Kette. Der Hausdienerschaft wurde ein Geldgeschenk von 1200 Mark überwiesen.

+ Gr.-Glogau. Am 24. November, Mittags 12 Uhr, fand im Kreis-Ständehause unter dem Vorsitz des Herrn Graf v. Schlabrendorf eine Versammlung von Vertrauensmännern der conservativen Partei statt, um über die bevorstehende Reichstagswohl schlüssig zu werden. Man beschloß, Herrn Landrath a. D. von Grävenitz auf Thamm als Candidaten aufzustellen. Derselbe entwickelte hierauf sein politisches Glaubensbekenntniß, welches von den streng Conservativen mehrfach angegriffen wurde. Da jedoch Herr von Grävenitz erklärte, an seinem Programm nichts ändern zu wollen, fügte man sich. Herr Graf von Stollberg auf Jacobskirch war in der Versammlung erschienen, um einen Compromiß Namens der katholischen Partei anzubahnen. Auf die Erklärung des Herrn von Grävenitz hin, daß ein derartiger Compromiß unmöglich sei, weil er, wenn er gewählt werden sollte, für strenge Aufrechterhaltung der Maigesetze wirken werde, wurde Seitens des Herrn Graf von Stollberg auf jede weitere Verhandlung verzichtet. Es wurde schließlich ein Comite gewählt, welches einen Wahlaufruf an die Wähler erlassen soll.

Δ Liegnitz. In einer hiesigen Restauration bemerkte der Wirth, daß an einem Tische, an dem drei Gäste saßen, von denen der eine stark betrunken war, von Wechselgeschäften gesprochen wurde, weshalb er diesem Gespräch ein aufmerksames Ohr widmete. Der betrunkene Gast redete einen der beiden Begleiter um ein Darlehn von 25 Thlr. an und dieser versprach ihm dies gegen Wechsel. Der zweite Begleiter des Darlehnsuchenden fertigte nun sofort einen Wechsel, nicht aber nur über 75 M., sondern gleich über 1500 M. aus und ließ ihn von dem die 25 Thlr. wünschenden Manne unterschreiben, was jener auch ohne Durchsicht des qu. Papieres vollzog. Hierauf stellte der erste Begleiter, weil er augenblicklich nicht baare 25 Thlr. bei sich trug, einen Revers aus, wonach er diese Summe noch an demselben Tage zahlen wolle, ohne aber den Revers dem Darlehnssucher auszuhändigen. Nun wurde es aber dem Wirthe zu arg, und er entriß den Wechsel dem betreffenden Inhaber, so daß wenigstens weitere Folgen für den Aussteller nicht entstehen können. Wie man hört, soll wegen dieses Bauernfängerstückchens die Strafanzeige erstattet sein.

Freiburg. Der „Bote" meldet: Sonntag, am 19. November, in der 6. Nachmittagsstunde, wurde auf der Chaussee von Freiburg nach Sorgau, in der Nähe der nach Fürstenstein führenden Linden-Allee, der Leichnam eines jungen Mannes gefunden und später in dem Entseelten der Dienstknecht Carl August Scholz aus Dittmannsdorf, 16 Jahre alt, festgestellt. Die angestellten Ermittelungen haben zu der Ueberzeugung geführt, daß ein Verbrechen nicht, vielmehr ein Unglück vorliegt. Der ꝛc. Scholz leitete einen leeren, mit 2 Pferden bespannten Brettwagen, auf welchem er Kohlen nach Ober-Streit bei Striegau gefahren hatte, auf dem Rückwege. Er ist jedenfalls an der Stelle, wo er gefunden wurde, vom Wagen gestürzt und hat dabei seinen Tod gefunden. Das Gespann hat seinen Heimweg nach Dittmannsdorf ohne Führer fortgesetzt, ist in Seitendorf aufgegriffen und von dort seinem Eigenthümer, Bauergutsbesitzer Huhndorf, zugestellt worden. Der Verunglückte war in unversehrtem Besitze aller seiner Sachen, namentlich auch des Geldes, welches er erweislich von Ober-Streit aus bei sich geführt hatte.

Berlin, 24. Nov. In Wien ausgeführte Deckungskäufe einzelner hiesiger Speculanten gaben anfänglich dem dortigen und vice versa dem hiesigen Platze ein günstiges Ansehen. Auch hier schritt man zu Ankäufen, die ebenfalls zur Erhöhung der Speculationseffecten-Course führten. Als das Nehmen aufhörte, ermattete die Haltung um so schneller, da auch politische Erwägungen einigen Einfluß gewannen. Zuerst trug man sich mit Friedenshoffnungen, welchen der vermeintliche Abgang Beaconsfields Nahrung gab; als indeß diese Annahme sich als mindestens unwahrscheinlich erwies, schlug die bessere Tendenz in ihr Gegentheil um. Sofort unterhielt man sich mit der Miene Wissender darüber, daß die Unterredung zwischen Lord Salisbury und dem Fürsten Bismarck zu keiner Einigung der Anschauungen geführt und endlich wollte man in einem Telegramm des „H. T. B." über Rüstungen Griechenlands ein bedenkliches Zeichen sehen. Die Prolongationssätze haben sich wenig geändert. Die internationalen Speculationspapiere zogen in den Coursen während der ersten Hälfte der Börse nicht ganz belanglos an, unterlagen aber dann plötzlich einem stärkeren Angebot, in Folge dessen auch die Avancen gegen die gestrigen Schluß-Course wieder verloren gingen. Oesterr. Creditactien gingen sehr lebhaft um. Oesterreichische Nebenbahnen waren heut wiederum recht fest, Rudolfbahn und Galizier zeigten sich bevorzugt. Letztere vermochten ihre höchsten Notirungen aber nicht bis zum Schluß zu behaupten. Mit Ausnahme von Dortmunder Union trugen die localen Speculations-Effecten einen wenig festen Charakter, Disconto-Commandit hatten in sehr fester Haltung eröffnet, ermatteten dann aber ziemlich plötzlich. Auch Laura-Actien ließen etwas nach. Disconto-Commandit 108,90, ult. 110—108,75, Russen 81,40, ult. 82,25—81,25—81,50—81⅜, Laurahütte 71,50, ult. 72½—71½. Die auswärtigen Staats-Anleihen gingen recht lebhaft um und waren zu Deckungen stark begehrt. Gegen Schluß der Börse ließ indeß das Deckungsbedürfniß nach und es trat auch auf diesem Gebiete eine Abschwächung ein. Oesterreichische Renten und 1860er Loose schließen gegen gestern mit einer kleinen Avance. Russische Werthe begehrter, besonders 5proc. Anleihe, die per ult. zu 82¼—81¼—81½ gehandelt worden sind. Prämienanleihe besser, dagegen Bodencredit und Bahnen nachgebend, preußische und andere deutsche Staatspapiere sehr still und unverändert. Im Prioritätengeschäft zeigte sich eine Besserung in Bezug auf die Stimmung. Der Verkehr blieb aber fast ganz unbedeutend. Auf dem Eisenbahnactienmarkte sind ebenfalls nur sehr geringfügige Veränderungen zu verzeichnen. Die rheinisch-westphälischen Speculations-Devisen notiren höher, waren am Schluß der Börse jedoch wieder durch Realisationen gedrückt. Stettiner und Halberstädter nicht unbelebt und in den Coursen anziehend, Potsdamer, Anhalter dagegen etwas schwächer. Von leichten Actien gingen Görlitzer ziemlich lebhaft um, Ostpreußische Südbahn und Brest-Grajewo zogen etwas an. Halle-Sorau-Gubener Stamm-Prioritäts-Actien fest. Bankactien wenig belebt. Amsterdamer Bank höher, Antwerpener Central- und Sächsische Bank anziehend, Breslauer Discontobank steigend, Berliner Handelsgesellschaft sehr fest. Centralbank für Bauten und Metropole matt und niedriger. Industriepapiere meist geschäftslos. Gericke besser. Böhmisches Brauhaus gedrückt. Centralstraße begehrt. Glanzig Zuckerfabrik ging in größeren Posten um. Große Pferdebahn niedriger. Viehhof matter. Bauverein Königsstadt zog etwas an. Oberschlesischer Eisenbahnbedarf bei guter Festigkeit in regerem Verkehr. Gelsenkirchen besser. Berg.-Märk. Bergwerk niedriger. Wechsel wenig verändert, nur Petersburg stark weichend. Für Russische Noten lag dagegen reger Bedarf vor, so daß diese die Notiz noch erhöhen konnten.

Um 2½ Uhr: Schwach. Credit 226,50, Lombarden 129,00, Franzosen 423, —, Reichsbank 150,75, Disconto-Commandit 108,50, Dortmunder Union 8,40, Laurahütte 71,87, Köln-Mindener 100,50, Rheinische 110,50, Bergische 77,50, Rumänen 12,00, Türken 9,00.

Wien, 24. Nov. [Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahn] vom 11. bis zum 17. November 1,541,478 Fl., gegen 1,511,122 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochen-Mehreinnahme 30,356 Fl.

[Breslauer Schlachtviehmarkt.] Marktbericht der Woche am 20. und 23. November. Der Auftrieb betrug: 1) **347 Stück Rindvieh**, darunter 138 Ochsen, 209 Kühe. Man zahlte für 50 Kil. Fleischgewicht excl. Steuer Prima-Waare 52—54 Mark, II. Qualität 43—45 Mark, geringere 24 bis 26 Mark. 2) **881 Stück Schweine**. Man zahlte für 50 Kilogramm Fleischgewicht beste feinste Waare 53—55 M., mittlere Waare 45—47 Mark. 3) **1076 Stück Schafvieh**. Gezahlt wurde für 20 Kilogramm Fleischgewicht excl. Steuer Prima-Waare 20—21 Mark, geringste Qualität 8 bis 9 Mark pro Stück. 4) **380 Stück Kälber** erzielten nur Mittelpreise.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Nov. 24. 25.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	— 1°,5	— 2°,9	— 2°,9
Luftdruck bei 0°	334''',08	334''',09	334''',12
Dunstdruck	1''',57	1''',40	1''',45
Dunstsättigung	90 pCt.	92 pCt.	95 pCt.
Wind	O. 1	SO. 1	N. 1
Wetter	bedeckt.	trübe.	bedeckt.

Breslau, 25. Nov. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 6 Cm. U.-P. — M. 34 Cm.

Berliner Börse vom 24. November 1876.

Fonds- und Geld-Course.

Consolidirte Anleihe.	4½	103,90 bz
do. de 1876	4	96,70 bzG
Staats-Anleihe	4	96,50 G
Staats-Schuldscheine.	3½	93,50 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	136,40 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,60 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	100,70 bz
Pommersche	3½	82,20 bz
do.	4	93,80 bz
do.	4½	102,20 bz
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue.	4	93,90 bz
Schlesische	3½	84.40 G
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	95 bz
Pommersche	4	94,75 bz
Posensche	4	94,80 bz
Preussische	4	94,80 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,25 bz
Sächsische	4	96,25 bz
Schlesische	4	95 90 G
Badische Präm.-Anl.	4	117,40 bz
Baierische 4% Anleihe	4	119 G
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	107,90 bzG

Kurh. 40 Thaler-Loose 250,50 G
Badische 35 Fl.-Loose 135 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 82,20 bz
Oldenburger Loose 132 40 bz

Ducaten 9,70 G	Fremd. Bkn. — —
Sover. 20,34 G	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,23 G	Oest. Bkn. 162 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 249,75 bz
Dollars — —	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'schePartial-Obl.	5	102,25 bz
Unkb.Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99 bzG
do. do.	5	100,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100 G
Unkünd. do. (1872)	5	100.40 bz
do. rückzb. à 110	5	104,50 B
do. do. do.	4½	97,50 G
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,60 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100,10 B
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101,40 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105 G
do. do. II. Em.	5	101 G
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	107 bz
do. do. II. Em.	5	105,25 bzG
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	101,25 bz
do.4½ do. do. m.110	4½	95,25 B
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,10 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	33,75 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	30 G
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	—
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,20 bz
do. do.	4½	94 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,25 G
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	31 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente (1./1.1./7. u. 1./4.1./10.)	4⅕	53.40 bzB 1./4.1./10. 53.40 [bzB
do. Papierrente (1./2.1./8. u. 1./5.1./11.)	4⅕	49,50 etbzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	89,90 B
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	93.70 B
do. Credit-Loose	—	286 B
do. 64er Loose	—	254 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	139 bz
do. do. 1866	5	135 75 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	76.30 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	77,30 G
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	75,30 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	68 bzG
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	60 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104 G
do. do. 1885	6	100 etbz
do. 5% Anleihe	5	101,60 bz
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	— —
Ital. Tabak-Oblig.	6	100,90 bz
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	64,25 etbzG
Rumänische Anleihe.	8	87 bz
Türkische Anleihe	5	— —
Ung. 5%St.-Eisenb.-Anl	5	65,70 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose — —
Türken-Loose 26,25 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St.3½g.	3½	85,25 bz
do. do. VI.	4½	97 B
do. Hess. Nordbahn.	5	102,50 G
Berlin-Görlitz	5	102,25 G
do.	4½	— —
do. Lit C.	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	89 G
do. do. K.	4½	88.75 G
do. von 1876	5	97,20 bz
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	90,25 G
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	91 50 bz
do. V.	4	90 bzB
Halle-Sorau-Guben	5	100 40 bz
Hannover-Altenbeken	4½	94 B
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	95 bz
do do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	95 G
do do. III. Ser.	4	94,50 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	— —
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	98 bz
do H.	4½	100,25 bz
do. von 1869.	5	101,40 B
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	97,50 G
do. Brieg-Neisse	4½	97 G
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	— —
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
Schlesw. Eisenbahn	4½	99.50 G
Chemnitz-Komotau.	5	87,25 bzG
Dux-Bodenbach.	5	60 etbzG
do. II. Emission	5	40,50 bzG
Prag-Dux.	fr.	19,80 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	79,20 bzG
do. do. neue	5	76 80 G
Kaschau-Oderberg	5	51,40 bz
Ung. Nordostbahn	5	48 bz
Ung. Ostbahn.	5	45.10 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	61,10 G
do. do. II.	5	61 bz
do. do. III.	5	54 bz
Mährische Grenzbahn	5	— —
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	16,50 etbzG
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	60 G
Oesterr.-Französische	3	314 G
do. do. II.	3	297,25 G
do. südl. Staatsbahn	3	233 bzG
do. neue	3	232,75 bz
do. Obligationen	5	74,25 bzG
Warschau-Wien II.	5	88,30 bzG
do. III.	5	85 bzG
do. IV.	5	80 B
do. V.	5	75 bz

Bank-Discont 4½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,15 bz
do. do.	2 M.	3	168,35 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20.345 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,15 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	7	241 bz
Warschau 100SR.	8 T.	7	245,40 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	161 50 bz
do. do.	2 M.	4½	160,40 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	1	4	17,90 bz
Berg.-Märkische	2	4	4	77,40 bz
Berlin-Anhalt	8½	8	4	103,75 bz
Berlin-Dresden	5	2½	4	19 20 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	24 bzG
Berlin-Hamburg	12½	10	4	177,25 bz
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb	1⅔	3	4	78,25 bzG
Berlin-Stettin	9¹¹⁄₁₂	9	4	118,60 bz
Böhm. Westbahn.	5	5	5	57,25 bzB
Breslau-Freib.	7½	5⅔	4	66.25 bzB
Cöln-Minden	6⁹⁄₂₀	4⁶⁄₁₀	4	100,50 bzB
do. Lit. B.	5	5	5	99,25 bzG
Cuxhaven. Eisenb.	6	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	6,90 bzB
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	6	4	81,25-80,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	6,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	10,25 bz
Kaschau-Oderberg	5	5	5	33,25 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	40,40 bz
Ludwigsb.-Bexb.	9	9	4	176,75 G
Märk.-Posener	0	0	4	13,75 bzG
Magdeb.-Halberst.	3	6	4	102,90 bzG
Magdeb.-Leipzig	14	14	4	256,25 bz
do. Lit. B.	4	4	4	98,10 bzG
Mainz-Ludwigsh.	6	6	4	95 90 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	95,90 bz
Oberschl. A.C.D.E.	12	10½	3½	132,75 bzG
do. B.	12	10½	3½	123,60 bzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	6½	4	425-24,50
Oest. Nordwestb.	5	5	5	191 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	1⅓	0	4	129,50-28 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	20,50 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	4	106,25 bz
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	43,75 bzB
Rheinische	8	8	4	110,50 bz
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	91,10 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	7 90 B
Rumän. Eisenbahn	4	2½	4	12 bzB
Schweiz Westbahn	0	0	4	21 50 G
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101.25 bz
Thüringer Lit A.	7½	8½	4	133,70 bz
Warschau-Wien.	10	7½	4	181,50 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	5	5	59 B
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	18,70 bz
Hannover-Altenb.	0	0	5	27,90 bzB
Kohlfurt-Falkenb.	2½	0	5	32 bz
Märkisch-Posener	0	3½	5	65,25 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	66,40 bz
do. Lit. C.	5	5	5	93,40 bz
Ostpr. Südbahn	3½	5	5	71 bzG
Pomm. Centralb.	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	5	109,10 G
Rumänier.	8	8	8	55,25 bz
Saal-Bahn	2⅔	1⅓	5	21 G
Weimar-Gera.	5	2½	5	18,50 G

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand-.G.	5	0	4	22 G
Anglo DeutscheBk.	0	3	4	42 G
Berl. Kassen-Ver.	19⅕	17,7	4	155 G
Berl. Handels-Ges.	7	5	4	68,50 G
do.Prod.-u.Hdls.-B.	10½	9½	4	82 bzG
Braunschw. Bank.	7½	6⅔	4	97 G
Bresl. Disc.-Bank	4	2	4	68 bzG
Bresl. Maklerbank	0	0	4	— —
Bresl. Makl.Ver. B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	71,25 B
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	2½	4	67,75 G
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	116 B
Darmst. Creditbk.	10	6	4	100,75 bz
Darmst. Zettelbk.	6½	5¼	4	93,75 G
Deutsche Bank	5	3	4	77,90 bz
do. Reichsbank	—	—	4½	150,75 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7⅓	7½	4	93 bz
Disc.-Comm.-Anth.	12	7	4	108,90 bz
do. ult.	12	7	4	110-8,75 bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	87 B
do. junge	6	5½	4	92 G
Gwb. Schuster u. C.	0	0	4	1.40 bzG
Goth. Grundcredb.	9	8	4	100,50 bzG
Hamb. Vereins-B.	11⅑	9⁴⁄₉	4	117,25 G
Hannov. Bank	6⅔	9⁷⁄₁₅	4	102 etbzG
Königsb.Ver.-Bank	5¾	5¼	4	79 bzG
Lndw.-B. Kwilecki	6½	6	4	62,50 G
Leipz. Cred.-Anst.	9⅙	7	4	106,50 B
Luxemburg. Bank	9	6½	4	95 B
Magdeburger do.	5½	5½	4	102,50 G
Meininger do.	4	3	4	68,25 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	3	0	4	15 G
Nordd. Bank	10	6¾	4	125,10 G
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	97,75 B
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	45 G
Oest. Cred.-Actien	6⅞	5	4	230-28-27
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	96,50 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	94 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116 G
Sächs. Bank	10½	10	4	123 bzG
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	93,25 B
Schl. Bank-Verein	6	5	4	87 G
Schl. Vereinsbank	5	5	4	89.30 G
Thüringer Bank.	6	5	4	70,50 bzG
Weimar. Bank.	5¼	0	4	40 bzG
Wiener Unionsb.	5	2⁶⁄₇	4	80 B

In Liquidation.

Berliner Bank	0	—	fr.	88.75 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	82,60 G
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	4,50 B
Berl. Prod-Makl.-B.	0	—	fr.	57,50 bzB
Berl. Wechsler-B.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	95 B
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	81,75 bz
Hannov. Disc.-Bk.	0	8⅕	fr.	91,25 G
Hessische Bank	0	—	fr.	55,50 G
Ostdeutsche Bank	6	—	fr.	89,60 bzG
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	— —
Pr.-Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	2 G

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	7½	0	fr.	139 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	6,20 bzB
do. Reichs-u.Co.-E.	4	0	4	64,75 G
Märk.Sch.Masch.G.	0	0	4	11,25 G
Nordd. Gummifab.	5½	5	4	52 G
do. Papierfabr.	4	0	4	— —
Westend, Com.-G.	0	0	fr.	3,50 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	123 bz
Schles. Feuervers.	17	20	4	722 B
Donnersmarkhütte	4	3	4	18 bzG
Dortm. Union	0	0	4	8,40 bzG
Königs- u. Laurah.	10	2	4	71,50 bz
Lauchhammer	0	0	4	23 B
Marienhütte	7⅔	8	4	68 bzB
OSchl. Eisenwerke	1	1½	4	6,50 G
Redenhütte	0	0	4	7,50 G
Schl. Kohlenwerke	0	0	4	10 B
Schl.Zinkh.-Actien	7	6	4	77,50 bzG
do. St.-Pr.-Act.	7	6	4½	86 bzB
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	37,50 bz
Vorwärtshütte	1	0	4	12 B
Baltischer Lloyd	0	0	4	40,10 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6⅔	4	48 25 B
do. ver. Oelfabr.	5	1	4	44 bzG
Erdm. Spinnerei	4	1	4	14,50 bz
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅔	4	4	45 B
Hoffm's Wag.Fabr.	0	0	4	10,90 G
O. Schl. Eisenb.-B.	2	0	4	28 G
Schl. Leinenind.	7½	8	4	71,20 B
do. Porzellan	0	0	4	10 B
WilhelmshütteMA.	4	4½	4	68 B

Wien, 24. Nov. [Die Einnahme des italienischen Netzes] in der Woche vom 11. bis zum 17. November betrug 850,260 Fl., die Mehreinnahme desselben 48,963 Fl., die Gesammt-Mehreinnahme des italienischen Netzes seit 1. Juli d. J. 666,721 Fl., die Gesammt-Mindereinnahme des österreichischen Netzes seit 1. Januar d. J. 189,447 Fl.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 25. Nov. Das Abgeordnetenhaus lehnte alle betreffs der Reform der politischen Verwaltung gestellten Anträge ab, auch den Ausschußantrag. Der Meldung der Blätter zufolge findet die Conferenz der verfassungstreuen Abgeordneten Montags Mittags statt; die Minister sagten ihr Erscheinen zu.

Wien, 24. Nov. Gutem Vernehmen nach hat die Pforte nachträglich wegen der Vorgänge im Hafen von Klek, die durch ein Mißverständniß herbeigeführt seien, um Entschuldigung gebeten und die Erlaubniß zum Transport verwundeter und kampfunfähiger Soldaten nachgesucht.

Pest, 24. Nov. Unterhaus. Simonyi, gegen die Ausführungen Tisza's in der Orientfrage polemisirend, zieht schließlich seinen Beschlußantrag zurück. Moccary beantragt die Verweigerung des Budgets. Schließlich wird die Budgetvorlage mit überwiegender Mehrheit als Grundlage für die Specialdebatte angenommen. Die äußerste Linke und die Sachsen waren dagegen. Moccary erhielt wegen einer ungehörigen Aeußerung über Tisza den Ordnungsruf.

Lemberg, 25. Nov. Der Personenverkehr zwischen Podwoloczyska und Odessa ist bis auf Weiteres eingestellt.

Rom, 24. Nov. Herzog Galliera ist gestorben. — Der Vertreter Frankreichs bei der Conferenz hat sich heute in Brindisi eingeschifft.

Versailles, 24. Novbr. Senat. Wahl zweier lebenslänglicher Senatoren. Nur Chesnelong (Monarchist) erhielt mit 147 Stimmen die absolute Majorität und ist sonach gewählt. Außerdem erhielten Renouard und André (beide Linke) je 142 Stimmen, General Vinoy (Bonapartist) 137 Stimmen.

Die Kammer debattirte das Cultusbudget. Prinz Jerome sprach gegen die Clericalen. Keller protestirte gegen die Grundsätze des Prinzen. Dreolle (Bonapartist) warf Keller vor, er verleumde das Kaiserreich. Lebhafter Zwischenfall; mehrere Bonapartisten werden zur Ordnung gerufen. Als Gambetta die Worte Keller's weiter erklärte und bemerkte, man vergesse das Decret über die Abschaffung des Kaiserreichs, erhob sich Tristani Lambert und rief: Es lebe der Kaiser. Die Kammer beschloß ein Tadelsvotum gegen denselben.

Haag, 24. Nov. Die zweite Kammer hat heute die Münzgesetzvorlagen angenommen. Nach denselben ist für die Niederlande provisorisch die Doppelwährung beibehalten und dem Finanzminister die Befugniß verliehen, nach Umständen Silber zu verkaufen und Gold anzukaufen. Für Holländisch-Indien wird die Silber- und Goldwährung eingeführt (die Goldmünzen bestehen lediglich aus Zehnguldenstücken), die Regierung von Holländisch-Indien hat aber nicht das Recht zum Verkauf von Silber, kann jedoch die Zulassung von ausländischen tarifirten Münzen beschränken.

Konstantinopel, 23. Novbr. Der Präsident der nach Bulgarien entsendeten außerordentlichen Commission, Saidoulah Bey, hat der Pforte angezeigt, daß in den eingeäscherten Dörfern der Bezirke Philippopolis und Bazardsik bis jetzt 957 Gebäude wieder aufgebaut worden seien und weitere 810 Wohnungen sich im Aufbau befänden. Die Commission habe außerdem die erforderlichen Maßregeln ergriffen, damit die Bedürftigen mit allem Nothwendigen versehen würden. Es seien Teppiche, Decken und Mundvorräthe an diejenigen Personen vertheilt worden, welche derselben ermangelten. Den Landleuten seien Geräthe zum Ackerbau geliefert und Vorschüsse an Geld gewährt worden.

Ragusa, 24. Nov. Die Mitglieder der Demarcationscommission gehen übermorgen nach dem Kriegsschauplatz ab; sie hoffen die Arbeiten definitiv in wenigen Tagen zu beendigen.

New-York, 24. Novbr. Das Stimmenverhältniß in Florida ist noch immer ungewiß, indeß scheint sicher, daß die Majorität in keinem Falle über 200 beträgt. — Der Oberbefehlshaber, General Sherman, hat seinen herkömmlichen Jahresbericht erstattet. Nach demselben beträgt die Gesammtstärke der Armee 25,000 Mann, die gut ausgerüstet und zweckmäßig vertheilt sind, so daß die Ruhe und Ordnung im Lande gesichert erscheint. General Sherman hebt die Festigkeit und das kluge Verhalten der im Süden stationirten Truppen mit besonderer Anerkennung hervor und versichert, daß das Ende des Krieges mit den Indianern in aller Kürze bevorstehe.

Kairo, 24. Nov. Der Khedive hat der egyptischen und der anglo-egyptischen Bank den Vorschlag zur gemeinschaftlichen Gründung einer egyptischen Nationalbank mit einem Capital von 2 Millionen Pfd. Sterl. gemacht.

(Aus L. Hirsch' Telegraphen-Bureau.)

Pest, 24. Nov. Die heutigen Pester Blätter äußern sich heftig erregt über die Ablehnung des Bankstatuts seitens der Nationalbank und halten den Ausgleich unter solchen Umständen für unmöglich.

Belgrad, 24. Nov. Das Amtsblatt publicirt eine neue Organisation der Armee, welche demnach in 4 Armeecorps eingetheilt wird.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 24. Novbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 25. Pariser Wechsel 81, 21. Wiener Wechsel 161, 55. Böhmische Westbahn 133¾. Elisabethbahn 110. Galizier 161¼. Franzosen*) 211. Lombarden*) 63¾. Nordwestbahn 95½. Silberrente 53¾. Papierrente 49¾. Russische Bodencredit 76¾. Russen 1872 —. Amerikaner 1885 99⅞. 1860er Loose 94⅜. 1864er Loose 251, 80. Creditactien*) 112½. Oesterreichische Nationalbank 674, 00. Darmst. Bank 100¼. Berliner Bankverein 83⅙. Frankf. Wechslerbank 79¼. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 67⅞. Hessische Ludwigsbahn 96½. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 131, 20. do. Schatzanweisungen alte 78⅝. do. Schatzanweisungen neue 77¼. do. Ostbahn-Obligationen II. 54¼. Central-Pacific 96¾. Reichsbank 150⅜. Silbercoupons —.

Speculationspapiere auf die von auswärts gemeldeten Course schließlich matter.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 112⅞, Franzosen 210⅞, Lombarden —, 1860er Loose 93⅞, Galizier —. Silberrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 24. Novbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Actien 114⅞, Silberrente 53⅝, Creditactien 112¼, 1860er Loose 93½, Franzosen 526, Lombarden 163, Ital. Rente 69¼, Vereinsbank 117¾, Laurahütte 71¾, Commerzbank 94¼, Norddeutsche 124¾, Anglo-deutsche 42, Internationale Bank 83, Amerikaner de 1885 96¼, Köln-Minden. St.-A. 100⅝, Rhein-Eisenbahn do. 110¾, Bergisch-Märk. do. 77¾, Disconto 3¼ pCt. — Schluß matt.

Wechselnotirungen: London lang 20, 37 Br., 20, 31 Gd., London kurz 20, 44 Br., 20, 38 Gd., Amsterdam 168, 00 Br., 167, 40 Gd., Wien 160, 50 Br., 158, 50 Gd., Paris 80, 80 Br., 80, 40 Gd., Petersburger Wechsel 243, 00 Br., 237, 00 Gd.

Hamburg, 24. November, Nchm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine ruhig. Roggen loco fest, auf Termine still. Weizen pr. November-December 209 Br., 208 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo 221 Br., 220 Gd. Roggen pr. November-Decbr. 164 Br., 163 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 169 Br., 168 Gd. — Hafer fest. — Gerste fest. — Rüböl fest, loco 75½, pr. Mai pr. 200 Pfd. 75. — Spiritus still, pr. Novbr. 45½, pr. December-Januar 45½, pr. April-Mai 45½, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100% 45½. Kaffee rege Kauflust, Umsatz 6000 Sack. Petroleum animirt. Standard white loco 23, 00 Br., 22, 75 Gd., pr. Novbr. 22, 75 Gd., pr. November-December 22, 75 Gd. Wetter: Schneeluft.

Liverpool, 24. Novbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 13,000 Ballen.

Liverpool, 24. Novbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Behauptet. Amerikaner auf Zeit ¹⁄₃₂ D. billiger.

Middl. Orleans 6⅝, middl. amerikanische 6⁷⁄₁₆, fair Dhollerah 4¹³⁄₁₆, middl. fair Dhollerah 4¹¹⁄₁₆, good middl. Dhollerah 4½, middl. Dhollerah 4¼, fair Bengal 4¼, good fair Broach —, new fair Domra 4¹³⁄₁₆, good fair Domra 5⅛, fair Madras 4⅝, fair Pernam 6⁷⁄₁₆, fair Smyrna 5⅜, fair Egyptian 6⅝.

Liverpool, 24. Nov. [Getreidemarkt.] Weizen 2, Mais 6 D. höher, Mehl fest. — Wetter: Feucht.

Manchester, 24. Novbr., Nachmittags. 12r Water Armitage 7¾, 12r Water Taylor 8¼, 20r Water Micholls 10, 30r Water Gidlow 10⅜, 30r Water Clayton 11½, 40r Mule Mayoll 10½, 40r Medio Wilkinson 12¼, 36r Warpcops Qualität Rowland 10¾, 40r Double Weston 11½, 60r Double Weston 15½, Printers ¹⁶⁄₁₆, ³⁴⁄₅₀ 8½pfd. 102. Mäßiges Geschäft, Preise fest.

Petersburg, 24. Novbr., Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 Monate 28²¹⁄₃₂, do. Hamburg 3 Monate 248⅝, do. Amsterdam 3 Mt. 146¹³⁄₁₆, do. Paris 3 Mt. 304½, 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 177, 1866er Prämien-Anl. (gestplt.) 174, ½-Imperials 6, 77. Große russische Eisenbahn 171. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 100¾. Privatdisc. 9%.

Petersburg, 24. Novbr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 49,50. Weizen loco 10,75. Roggen loco 6,75. Hafer loco 4,75. Hanf loco —. Leinsaat (9 Pud) loco 12,50. — Wetter: Gelinde.

Antwerpen, 24. Nov., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer stetig. Gerste sich bessernd.

Antwerpen, 24. Novbr., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 61 bez. u. Br., pr. Nov. 60½ bez., 61 Br., pr. December 58½ bez., 59 Br., pr. Januar 56 Br., per Januar-März —. Steigend.

Bremen, 24. Novbr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 22, 75, pr. December 22, 75, pr. Januar 22, 20, pr. Februar 21, 00. Steigend.

Berlin, 24. November. [Productenbericht.] Bei recht trägem Verkehr haben die Terminpreise für Roggen sich auch an heutigem Markte nur wenig oder gar nicht verändert. Die Haltung hat einen matten Anstrich. Waare ist spärlich offerirt, gute Sorten sind bequem verwendbar, doch haben die gekündigten 27,000 Ctr. keine gute Aufnahme gefunden. — Roggenmehl matt. — Weizen ziemlich fest, einzeln auch etwas besser bezahlt, im Ganzen aber recht still. Loco stärkeres Angebot. — Hafer loco preishaltend, Termine eine Kleinigkeit höher. — Rüböl behauptet, bei sehr schwachem Umsatz. — Petroleum fest. — Spiritus hat unter mäßigen Schwankungen abermals ein Wenig im Werthe nachgegeben.

Weizen loco 190—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märkischer — M. ab Bahn bez., per April-Mai 219—220—213½ Mark bez., per Mai-Juni — M. bez., per November — Mark bezahlt, per November-December — Mark bezahlt. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 159—192 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 159—163 Mark ab Kahn bez., neuer russischer 160 bis 169 Mark bez., neuer poln. — Mark bez., bezahlt, inländischer 180—190 Mark ab Bahn bezahlt, per Frühjahr 167—168—167 Mark bez., per Mai-Juni 166—166½—165½ Mark bez., per November-December 160½—161—160 Mark bez., per December-Januar 160½—161 bis 160 M. bez., per Januar-Februar 162½—163—162½ Mark bez. Gekündigt 27,000 Ctr. Kündigungspreis 160 M. — Hafer loco 135—175 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 146—166 Mark bez., russischer 136—156 M. bez., pommerscher 167—170 M. bez., schlesischer 157—169 M. bez., galizischer 135—155 M. bez., böhmischer 166 bis 170 M. bez., ungarischer 145—153 M. bez., defecter ungarischer — Mark ab Bahn bez., per Frühjahr 161—162—161½ Mark bez., per October-November 153—152½ Mark bez., per November-December 153—152½ M. bez., per December-Januar — Mark bez. Gekündigt 3000 Ctr.

Spiritus loco „ohne Faß" 54,9—8 M. bez., per April-Mai 57,5—58,1 M. bez., per Mai-Juni 57,9—58,5—22,2 M. bez., per Oct.-Nov. 54,8—55,2—54,9 M. bez., per November-December 54,8—55,2—54,0 Mark bez., per December-Januar 54,8—55,2—54,9 Mark bezahlt. Gekündigt 60,000 Liter. Kündigungspreis 55 M.

Breslau, 25. Nov., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen ruhig, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen bei schwächerem Angebot preishaltend, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,20 bis 19,20—21,60 Mark, gelber 17,20—18,80 bis 20,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. neuer 16,50 bis 18,20 bis 18,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. neue 14,00 bis 14,50 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer schwach gefragt, per 100 Kilogr. neuer 13,90 — 15,00 bis 15,70 Mark.

Mais mehr beachtet, per 100 Kilogr. 11,50—12,50—13,70 Mark.

Erbsen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 16,00—17,00 bis 18,50 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen gut verkäuflich, per 100 Kilogr. gelbe 9,70—11,00—12,00 Mark, blaue 10,50—11,50—12,00 Mark.

Wicken stärker angeboten, per 100 Kilogr. 15—16—17,50 Mark.

Oelsaaten schwach zugeführt.

Schlaglein in matter Haltung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	32	25	30	25	29	25
Winterrübsen	31	—	29	—	28	—
Sommerrübsen	29	25	27	25	26	25
Leindotter	26	75	25	50	22	—

Rapskuchen gute Kauflust, per 50 Kilogr. 7,40 bis 7,60 Mark.

Leinkuchen in fester Haltung, per 50 Kilogr. 9—9,50 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother unverändert, per 50 Kilogr. 54 bis 62—68—75 Mark, — weißer sehr fest, per 50 Kilogr. 56—64—62—79 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee matter, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 33 bis 34 Mark, neu 30—31 Mark, Roggen fein 28—29 Mark, Hausbacken 27—28 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 7,75 bis 8,75 Mark.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.